

Oldenburg
wählt
GRÜN!



das
Wahlprogramm

MIT DEM HERZEN
WÄHLST DU GRÜN





Impressum

Herausgeber:

Vorstand von Bündnis 90/Die Grünen des Kreisverbandes Oldenburg Stadt
Antje Feil, Hilu Neidhardt, Hendrik Burghardt, Stephan Friebel, Volker Mönlich

Redaktion und Gestaltung:

Georg Götz, Antje Feil, Tobias Frick

Die Entstehung dieses Programms ist wirklich einzigartig. Vermutlich haben noch nie so viele Mitglieder (und SympathisantInnen) eines Kreisverbandes gemeinsam ein Wahlprogramm erstellt. Am Anfang stand die Arbeit von vier Programmgruppen, die sich das Feld grob aufgeteilt hatten. Es folgten zwei Diskussionswochenenden und drei Abschlussbesprechungen aller Beteiligten. Die erste Struktur und Zusammenstellung der einzelnen Textbestandteile wurde zunächst von einer siebenköpfigen Redaktionsgruppe vorgenommen. Die weitere Redaktionsarbeit musste dann im etwas kleineren Kreis fertig gestellt werden. Insgesamt waren wohl um die 40 Personen beteiligt, die meisten haben eigene Texte geliefert. Die Redaktion musste daraus eine Einheit neu strukturieren, ohne dabei den Charme eines Textes verschiedener Quellen zu verleugnen (und ohne die AutorInnen zu sehr zu vergrätzen). Bis zur Verabschiedung wurden laufend Veränderungen eingearbeitet. Den Überblick behielt zum Glück Georg Götz.

TF

Impressum	1
Oldenburg als Bürgerstadt	4
Stadtentwicklung	5
Das Herz Oldenburgs: Die Innenstadt	5
Stadtteilentwicklung	6
Wohnen und Wohnumfeld	7
Bürgerbeteiligung	8
Bürgergesellschaft braucht Beteiligung	8
Öffentlichkeit der Ratssitzungen	9
Bürgerhaushalt	9
Planungszelle	10
Bürgerbegehren	10
Bürgerschaftliches Engagement	11
Bürgerstiftungen	11
Ehrenamtliches Engagement	12
Ein Gewinn für die Kommune	12
Gegen soziale Verarmung	12
Gegen Lohndumping	12
Verkehr	13
ÖPNV und Parken, Kfz und Bahn	13
Zu Fuß und mit dem Rad	14
Innenstadt	14
Um Oldenburg herum	14
Wirtschaft	15
Stärken ausbauen - Schwächen beseitigen	15
Oldenburg nicht abkoppeln	15
Gewerbeflächen	15
Einzelhandel	16
Nachhaltige Produktion in Industrie und Handwerk	16
Mittelstandsförderung durch Bausanierung	17
Finanzpolitik	18
Nachhaltige Haushaltspolitik	18
Gewerbe- und Grundsteuer	18
Städtische Immobilien und GSG-Beteiligung	19
Umwelt	20
Energie und Klimaschutz	20
Umwelt- und sozialverträgliche Sanierung von GSG-Wohnungen	21
Wiedereinrichtung und Ausbau des Dezernats für Umwelt	21
Agenda 21	22
Entsorgung und Abfallwirtschaft	23
Umweltschutzbericht	24
Bürgerbeteiligung im Umweltschutz	24
Das Regionale Umweltbildungszentrum (RUZ)	25
Ökoprofit	25
Oldenburg als Stadt im Grünen	25
Landschaftsplanung	26
Frauen	27
Frauengerechte Stadt	27
Qualifizierte Arbeit für Frauen	27
Frauen- und Mädchenräume in der Stadt	28
Frauen- und Mädchenprojekte	28
Frauennachttaxi	29
Frauen braucht die Kommunalpolitik	29

Gender Mainstreaming	30
Schwule und Lesben	32
Familie	33
Vereinbarkeit von Beruf und Familie	33
Kindergärten.....	34
Beratung und Unterstützung von Familien in Oldenburg.....	35
Jugendhilfe	35
Schule	36
Mehr Räume für Schulen.....	36
Mehr Ganztagschulen	36
Schulsozialarbeit in allen Schulen.....	36
Integration von Kindern mit Migrationshintergrund	37
Öffnung der Schulen durch Kooperationsprojekte	37
Nein zur Schulstrukturreform	37
Integrierte Gesamtschule.....	38
Die Neunjährige Basisschule in Oldenburg	38
Arbeit	39
Gesundheit	41
Medizinische Versorgung von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus oder Krankenversicherung	41
Altern in Oldenburg	42
Menschen mit Behinderungen	44
Integration	45
Integrationslotsen	45
Kitas und Schule	45
Mädchen und Jungen	46
Diversity - Vielfalt nutzen	46
Politische Teilhabe	46
Integrationsbeauftragte	47
Runder Tisch.....	47
Kommunale Härtefallkommission.....	47
Kultur	48
Masterplan und mehr.....	48
Kultur von Allen - Kultur für Alle	49
Arbeitsplatz Kultur	49
Kultur und Wirtschaft	49
Sport	50
Angebote für Jung und Alt.....	50
Grundlagen einer ökologischen Sportpolitik	50
Sportstätten und Sportstättenbau.....	50

Oldenburg als Bürgerstadt

Oldenburg ist eine Stadt der Bürgerinnen und Bürger. Stärker als in anderen Kommunen prägt das bürgerliche Engagement Geschichte und Gegenwart unserer Stadt. Wir Bündnisgrünen sehen uns in der Tradition eines für die und in der Stadt aktiven Bürgertums, das wir in einer starken, kritischen und aktiven Bürgergesellschaft verwirklicht sehen.

Wir von Bündnis 90/Die Grünen glauben, dass es keine besseren Experten in einem politischen Gemeinwesen geben kann als die Bürgerinnen und Bürger selbst. Auf dieser Überzeugung ruht unsere Vorstellung einer aktiven und lebendigen Bürgergesellschaft. Dafür bietet gerade das bürgerliche Oldenburg hervorragende Voraussetzungen.

Daher stellen wir die Kapitel Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung an den Anfang dieses Programms. Es folgen die Bereiche Verkehr, Wirtschaft und Umwelt, in denen Oldenburg in diesen Jahren maßgebliche Entscheidungen zu treffen hat, die bereits die kommunale Diskussion bestimmt haben. Voraussetzung für Innovation in diesen Gebieten ist eine solide Finanzpolitik.

Schließlich schlagen Fragen der Geschlechtergerechtigkeit, Integration oder Erziehung von der Bundesebene auf die Kommunalpolitik durch. Der demografische Wandel wird auch in Oldenburg sichtbar werden. Die Stadt muss in den nächsten Jahren auf soziale Ausgrenzung von Teilen ihrer Bewohner oder engere finanzielle Handlungsspielräume reagieren. Zugleich muss Oldenburg sich gegen Standortkonkurrenten behaupten.

Nachhaltigkeit ist Grundlage unserer Politik - im Umweltbereich wie im Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Wir wollen bei der Erfüllung der gesellschaftlich notwendigen Ausgaben mit den vorhandenen bzw. erzielbaren Mitteln auskommen, ohne die Belastungen auf zukünftige Generationen zu verschieben.

Stadtentwicklung

Wirtschaftlich-strukturelle Umbrüche mit Standortkonkurrenzen, zunehmende sozialer Ausgrenzung und abnehmende Finanzkraft stellen die Stadtplanung und Wohnungspolitik vor große Herausforderungen.

Wir Bündnisgrüne setzen uns für eine lebendige Stadt Oldenburg und bürgerschaftliches Engagement auf allen Ebenen ein. Dies ist notwendige Bedingung einer effizienten und bürgernahen Verwaltung.

In der vergangenen Ratsperiode hat das Zurückdrehen der Verwaltungsreform die Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung erheblich eingeschränkt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt wurden verunsichert und demotiviert, da sie an den Entscheidungen nicht beteiligt und durch die Anti-Reform Eigenverantwortlichkeit und Kreativität abgebaut wurden. Wir Bündnisgrüne wollen hier im Dialog mit den Betroffenen eine Wende einleiten.

Wir sind weiter davon überzeugt, dass aktuelle und zukünftige Entwicklungsaufgaben nur in enger Kooperation mit den Umlandgemeinden und der Region angegangen und bewältigt werden können.

Wir Bündnisgrünen arbeiten für eine Stadt- und Stadtteilentwicklungspolitik, die ökologischen, ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten in gleicher Weise verpflichtet ist. Zur ökologischen Ausrichtung gehört der Vorrang einer sinnvollen Innenentwicklung vor weiterer Flächeninanspruchnahme an der Peripherie bei gleichzeitiger Sicherung der Stadtteile. Wir sprechen uns gegen einen weiteren Flächenverbrauch aus und fordern deshalb eine Denkpause. Die ökonomische Ausrichtung beinhaltet eine verstärkte Förderung wichtiger und vertretbarer Zukunftstechnologien und -märkte, wie beispielsweise der erneuerbaren Energien und der Ressourcen sparenden Mobilität.

Stadtentwicklung in Oldenburg soll demokratischer Planungskultur verpflichtet sein. Die Stadtentwicklungspolitik muss die Menschen zusammenbringen und in kooperative, dialogische Prozesse und Verfahren einbinden (siehe Bürgerbeteiligung).

Das Herz Oldenburgs: Die Innenstadt

Urbanes Leben braucht eine Innenstadt, die verschiedenste Funktionen gleichzeitig erfüllt: attraktive Arbeitsplätze, ein vielfältiges Wohnungsangebot, dazu Konsum-, Freizeit- und Gastronomieangebote sowie eine breite Plattform für kulturelle Aktivitäten. Nichtkommerzielle Aufenthaltsmöglichkeiten tragen zur Aufenthaltsqualität bei. In Konkurrenz zu anonymen und sterilen Einkaufszentren gilt es, die Identität der urbanen Innenstadt weiter zu entwickeln und zu stärken. Die Stärke der Innenstadt liegt darin, dass sie jederzeit für alle zugänglich ist, d.h. im Nebeneinander unterschiedlicher Menschen mit unterschiedlichen Verhaltensweisen. Diese Offene Stadt wollen wir mit Nachdruck verteidigen. Vielfalt und Lebendigkeit sind notwendig und monofunktionalen Anlagen (wie beispielsweise Am Stau die Hafenpromenade mit Zentralbank und Arbeitsamt) vorzuziehen.

Der im Rahmen der Planungen für den neuen Innenstadtring projektierte Rückbau von Kfz-Abstellflächen kann zur Attraktivität der Innenstadt beitragen. So kann z.B. Am Stau das Element Wasser wieder stärker erlebbar gemacht werden.

Leerstand in der Innenstadt muss mittels attraktiver Umgestaltungen, ansprechender Wegeverbindungen (Gänge zwischen Kleiner Kirchenstraße, Burgstraße und Waffenplatz) sowie einer interessanten Nutz- und Angebotsmischung entgegen gewirkt werden. Kultur und Wohnen können neue Impulse in die Innenstadt bringen und einer Verödung vorbeugen.

Wir wollen den Negativtrend in Teilen der Fußgängerzone stoppen der sich in häufigen Geschäftswechselln und Leerständen niederschlägt. Wir wollen eine attraktive Umgestaltung unter Einbeziehung schöner Wegeverbindungen zwischen den Hauptadern, sowie eine interessante und vielfältige Palette verschiedener Angebote. Die Innenstadt muss als Ort des Wohnens wieder belebt werden (siehe Wohnen und Wohnumfeld). Auch Kunsthandwerk und Ateliers können neue Impulse in die Innenstadt bringen. Die Neubebauungen an der Burgstraße und im Quartier Georgstraße bieten dazu erste hervorragende Möglichkeiten.

Das ECE-Center lehnen wir aus stadtplanerischen Erwägungen weiterhin ab. Der „Koloss am Schloss“ wird sich negativ auswirken. In seiner Größe, die durch die Hochgarage noch verstärkt wird, ist es in unmittelbarer Nachbarschaft zum Baudenkmal des Oldenburger Schlosses nicht akzeptabel. Der Monolith widerspricht auch dem Konzept der Offenen Stadt (siehe Einzelhandel).

Stadtteilentwicklung

Wir wollen den Stadtteil der kurzen Wege mit der erforderlichen Infrastruktur sichern und fördern. Von eigenständigen Nebenzentren profitieren nicht nur Menschen ohne Auto, sie sind auch wichtig zur Identifizierung mit dem eigenen Wohnort. Um die Menschen besser in die Gestaltung ihres Stadtteils einzubinden, können Bürgerbeiräte eingerichtet werden. Jeder Stadtteil soll an seiner eigenen Entwicklung beteiligt sein. Ein Quartiermanagement für die praktischen Problemlösungen vor Ort ist sinnvoll. Ein Element davon kann ein Runder Tisch sein, wie er in einigen Stadtteilen schon existiert. Hier sitzen Vertreterinnen und Vertreter aus Kirchengemeinden und Gemeinwesenarbeit einmal im Monat zusammen, um die Entwicklung im Stadtteil zu begleiten und gemeinsam Problemlösungen zu finden.

Die beiden Bundeswehr-Liegenschaften Fliegerhorst und Donnerschwee-Kaserne werden im Jahr 2007 für andere Nutzungen frei. Wir Bündnisgrüne sprechen uns für gemischte und kleinteilige Nutzungskonzepte aus. Wohnen, Handwerk, Zukunftstechnologien, Universitätsausgründungen sind hier passende Stichworte. Insbesondere das innenstadtnahe Gelände der Donnerschwee-Kaserne ist für Wohnen besonders geeignet.

Wohnen und Wohnumfeld

Bundesweit ist eine Renaissance städtischen Wohnens erkennbar. Oldenburg wird auch zukünftig als Wohnort beliebt bleiben. Innenstadtnahe Wohnlagen werden zunehmend begehrter. Wohnungen direkt in der Innenstadt und den angrenzenden Wohnvierteln zu erhalten und neu zu schaffen, wird in den nächsten Jahren eine wichtige Aufgabe in der Stadt Oldenburg sein. Hierfür eignen sich Bahnhofsviertel und Hafengebiet (Wasserstadt).

Wir wollen auch in Zukunft preisgünstigen Wohnraum für Haushalte mit geringem Einkommen bereitstellen. Hier muss auch weiterhin darauf geachtet werden, dass es zu keiner sozialen und kulturellen Gettoisierung kommt. Hierbei spielt die GSG eine sehr wichtige Rolle in der Stadt Oldenburg. Wir sprechen uns gegen den Verkauf der GSG an private Investoren aus, weil hierdurch die Stadt Oldenburg ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Wohnungsversorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger aber auch für die Entwicklung von Stadtteilen wie dem Kennedyviertel aus der Hand geben würde.

Bürgerbeteiligung

Bürgergesellschaft braucht Beteiligung

Im Gegensatz zu den in jüngerer Zeit in vielen Zusammenhängen diskutierten Forderungen nach einer „starken Bürgergesellschaft“ neoliberaler Prägung, an der vor allem ökonomisch und sozial Bessergestellte partizipieren können und sollen, setzt unsere Vorstellung einer Bürgergesellschaft nicht darauf, sozialstaatliche Überzeugungen und Errungenschaften über Bord zu werfen. Wir wollen zivilgesellschaftliche Eigenleistung, Verantwortung und Selbstbestimmung mit angemessenen, staatlichen Garantien kombinieren.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben zu Recht den Eindruck, dass immer mehr wichtige und weitreichende Entscheidungen - auch und gerade auf der kommunalen Ebene - in für sie undurchsichtigen und zunehmend entpolitisierten Entscheidungssphären stattfinden. Viele stufen sich selbst zwar als gut informiert über aktuelle und auch sie selbst betreffende politische Entwicklungen ein. Sie sehen sich jedoch häufig mit vorgefertigten Beschlüssen und andernorts geschaffenen Fakten konfrontiert, die ihnen kaum die Chance auf Einbindung und Partizipation lassen. Dabei werden nicht nur ihre direkte oder indirekte Betroffenheit sondern auch ihre spezifischen Kenntnisse der Materie unberücksichtigt gelassen. Die Folgen sind nicht selten Enttäuschung, ein abnehmendes Interesse an kommunalpolitischen Vorgängen und schlimmstenfalls ein wachsendes Misstrauen gegen das politische System und die Demokratie insgesamt. Es ist nicht verwunderlich, dass sich auch engagierte und kompetente Bürgerinnen und Bürger dort zurückziehen, wo sie das Gefühl haben, nicht gefragt oder übergangen zu werden. Neben dem ideellen Schaden hat dies jedoch auch „harte“ ökonomische Konsequenzen: Hohe Summen fließen in die permanente Beschäftigung der Gerichte und in die Erstellung von Gutachten und Gegengutachten. Mangelnder Mut der politisch Verantwortlichen zu rechtzeitiger Konsultation und Einbindung mündiger Bürgerinnen und Bürger führt zu einer enormen Belastung der öffentlichen Haushalte, die sich durch eine klügere, vorausschauende Politik und ein überzeugt positives Bild von der Bürgerschaft reduzieren ließe.

Die Bürgerinnen und Bürger in Oldenburg sollen Auftraggebende und Nutznießende kommunalpolitischer Prozesse und Entscheidungen sein! Dafür treten wir Bündnisgrüne ein. Grundsätzlich wollen wir darüber hinaus die Möglichkeiten für Oldenburger und Oldenburgerinnen, sich aktiv an Kommunalpolitik zu beteiligen und einzumischen, verbessern. Hierzu steht eine Reihe von erprobten Instrumenten zur Verfügung. Eine selbst bestimmte und somit erfolgreiche Bürgerbeteiligung in allen kommunalpolitischen Belangen setzt zunächst aber gut informierte Bürgerinnen und Bürger voraus.

Öffentlichkeit der Ratssitzungen

Ratssitzungen sind immer öffentlich. Nur wenn Entscheidungen die Belange Dritter betreffen, wird nichtöffentlich getagt. Allzu häufig wurden aber von der Ratsmehrheit Tagesordnungspunkte in den nichtöffentlichen Teil der Ratssitzung geschoben; unter dem Vorwand, dass Belange Dritter berührt würden. Dieser Praxis muss Einhalt geboten werden! Kommunalpolitische Themen sind mit Ausnahme von Themen mit persönlichen Belangen öffentlich und daher auch in öffentlichen Sitzungen zu behandeln.

Auf Initiative der Bündnisgrünen Ratsfraktion wurde ein Übereinkommen mit dem Oldenburger Lokalsenders oeins getroffen, die Ratssitzungen über zwei Stunden lang im Fernsehen zu übertragen. Damit haben wir das Geschehen der kommunalen Politik für die Bürgerinnen und Bürger transparenter gemacht. Diese Form der Bürgerinformation hat sich bewährt und soll ausgebaut werden.

Anträge der Fraktionen in Rats- und Ausschusssitzungen betreffen am ehesten Belange der Bürgerinnen und Bürger. Daher fordern wir, diese zu Beginn der Sitzungen zu behandeln. So können sich die Bürgerinnen und Bürger auf jeden Fall auf oeins informieren.

Bürgerhaushalt

Wir wollen die Bürgerin und den Bürger an der Aufstellung des kommunalen Haushalts beteiligen. Bürgerinnen und Bürger gehen in der Regel sehr zukunftsorientiert mit den zur Verfügung stehenden Finanzen um. Sparsamkeit, Sachkenntnis bei der Problemanalyse und Verantwortungsbewusstsein haben die Bürgerinnen und Bürger zudem bei bisherigen Beteiligungsmodellen bewiesen.

Gerade in Zeiten geringen finanziellen Spielraumes halten wir es für sinnvoll, mit den Bürgerinnen und Bürger das Gespräch über Einsparungsvorschläge zu suchen und sie so mit in die Finanzplanung einzubeziehen.

Dabei geht es nicht nur darum, Verständnis für notwendige Ausgaben oder Einsparungen zu wecken. Wir wollen erreichen, dass bei notwendigen Kürzungen nicht mehr nach der Rasenmähermethode verfahren wird, sondern die für die Bevölkerung wichtigen Angebote nicht gefährdet werden. Im Gegenteil sollen sie mittels struktureller Veränderung erhalten bleiben und, wo notwendig, ausgebaut werden.

Die Beteiligung an der Haushaltsplanung kann mit Bürgerforen erreicht werden. Verschiedene Städte in Deutschland haben bereits positive Erfahrungen mit dem Beteiligungshaushalt gemacht.

Planungszelle

Das äußerst erfolgreiche Verfahren der Planungszelle wurde von Peter Dienel an der Universität Wuppertal entwickelt. Es wird seit 30 Jahren auf Landes- und Bundesebene angewandt, ist am häufigsten aber auf der kommunalen Ebene zu einer ganzen Reihe von Themen durchgeführt worden.

Wir haben dieses Bürgerbeteiligungsmodell im Februar 2006 der Oldenburger Öffentlichkeit am Beispiel der Stadt Lengerich vorgestellt: Fünf Gruppen von jeweils fünf nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern haben innerhalb weniger Tagen eine klar umgrenzte Aufgabe zu lösen. Dafür werden sie entlohnt und können auf die Hilfe von Experten zurückgreifen, die ihnen mit allen Informationen zur Seite zu stehen. Die Erfahrungen mit diesem System sind durchweg positiv: Die Kosten einer Planungszelle werden im Regelfall durch geringere Kosten im späteren Verfahren mehr als eingespart. Lösungen werden auf breitere Füße gestellt und erfahren daher in der Bevölkerung eine größere Akzeptanz. In Lengerich wurde durch Bürgerplanung eine alte innerstädtische Industriebrache durch die Kombination von Wohnen, Erleben und Erinnerungskultur wieder in die Stadt integriert.

In Oldenburg könnte man die Bürgerinnen und Bürger analog an der Konzipierung der Wasserstadt am Hafen oder Entwicklung von Alternativen zum geplanten Einkaufscenter am Schlossplatz (ECE) beteiligen.

Bürgerbegehren

Die Diskussionen um Hallenbad und ECE beweisen, welche Folgen es haben kann, wenn die Bürgerbeteiligung im Vorfeld unterbleibt. Unzufriedene Oldenburgerinnen und Oldenburger hatten zu Bürgerbegehren aufgerufen.

Die SPD/FDP/BfO-Mehrheit hat das Bürgerbegehren mittels Vorzug der Bauleitplanung ausgehebelt und damit den Willen von deutlich über 18.000 Bürgerinnen und Bürgern übergangen, die innerhalb kürzester Zeit der „Bürgerinitiative gegen Stadtzerstörung“ mit ihrer Unterschrift auch ihre Unterstützung gaben.

Dazu tritt, dass in Niedersachsen Bürgerbegehren keine aufschiebende Wirkung haben - im Gegensatz zu fast allen anderen Bundesländern. Wir fordern, dass die Stadt sich dafür einsetzt, dass sich das Land Niedersachsen hier der Mehrheit der deutschen Bundesländer anschließt und Bürgerbegehren mit aufschiebender Wirkung einführt.

Bürgerschaftliches Engagement

Bürgerschaftliches Engagement stärkt den sozialen Zusammenhang und schafft gesellschaftliche Solidarität. Häufig entstehen Gruppen bürgerschaftlichen Engagements um eine bestimmte Problemsituation und sammeln ihre Mitglieder im Wunsch, die „Dinge selbst in die Hand zu nehmen“. Wir Bündnisgrünen sehen in der Übernahme von Verantwortung für sich und andere einen wichtigen Bestandteil einer lebendigen, sozialen Kultur. Nur wer am gesellschaftlichen Leben teilnimmt, kann es beeinflussen.

Wir Bündnisgrüne wollen in der Kommunalpolitik bürgerschaftliche Gruppen als Kooperationspartnerinnen begreifen und fördern. Wir möchten Nachbarschaften mit ihren kleinen sozialen Netzen stärken, die Arbeit von Selbsthilfeinitiativen und Sozialarbeit mit lebensräumlichen Bezügen unterstützen und zu einer Kultur der lebendigen Stadtteile beitragen. Dabei ist freiwilliges bürgerschaftliches Engagement kein Ersatz, sondern Ergänzung staatlicher Sozialarbeit.

Bürgerstiftungen

Bündnis 90/Die Grünen unterstützen die Gründung einer - ihrem Namen gerecht werdenden - Bürgerstiftung für die Stadt Oldenburg.

Angesichts leerer öffentlicher Kassen einerseits und einem wachsenden Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger andererseits, nicht nur Geld zu spenden, sondern sich auch für ihr Gemeinwesen zu engagieren und auf demokratische Weise in Projektplanung und -finanzierung mit eingebunden zu sein, gilt es, neue Wege zu gehen.

Die Idee der Bürgerstiftung greift diese beiden Anliegen auf. Bürgerstiftungen sind unabhängig, demokratisch organisiert und transparent in ihren Entscheidungs- und Finanzstrukturen. Es geht darum, kreativ Ressourcen zu erschließen, um die Lebensqualität in der Stadt zu verbessern. Zu diesem Zweck werden eine möglichst große Zahl langfristig strukturierter Fonds entwickelt und aufgebaut, die hinreichend Erträge produzieren, um dauerhaft gemeinnützige Arbeit zu unterstützen. Gleichzeitig müssen die aktuellen und zu erwartenden lokalen Bedürfnisse analysiert und Veränderungen in der Gesellschaft rechtzeitig wahrgenommen werden. Bürgerinnen und Bürger werden von Anfang an in die Tätigkeit der Stiftung einbezogen. Bürgerstiftungen können für sich nur dann eine Existenzberechtigung in Anspruch nehmen, wenn sie im Felde des so genannten Dritten Sektors eine Nische finden, die bislang noch nicht besetzt wurde. Es geht also nicht darum, Arbeit von sozialen Organisationen zu ersetzen, sondern neue Ideen aufzuzeigen, neue Projekte zu planen, zu initiieren und zu finanzieren. Bürgerstiftungen engagieren sich insbesondere in den Bereichen Kinder/Jugend, Soziales, Umwelt und Kultur - und zwar nicht nur mit Geld, sondern immer auch mit ehrenamtlichem Engagement.

Ehrenamtliches Engagement

Ehrenamtliches Engagement ist ein wichtiger Bestandteil einer fairen, sozialen und kommunal orientierten Bürgergesellschaft. Es ermöglicht Bürgern und Bürgerinnen unabhängig von Berufstätigkeit und formaler Verbandsmitgliedschaft, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben.

Ehrenamtliches Engagement wird in vielen Bereichen der Gesellschaft praktiziert: Es umfasst die Übernahme von Aufgaben in gemeinnützigen Organisationen genauso wie private Nachbarschaftshilfe oder privates Engagement in Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen.

Ein Gewinn für die Kommune

Für die Attraktivität und Lebensqualität einer Kommune ist neben dem wirtschaftlichen auch der soziale Wohlstand ihrer Mitglieder ausschlaggebend. Ehrenamtlich Tätige dürfen daher nicht als Lückenbüßer betrachtet werden, sei es für kränkelnde kommunale Haushalte oder gesellschaftliche „Restaufgaben“.

Vielmehr erkennen wir Oldenburger Bündnisgrünen an, dass das ehrenamtliche Engagement eine unentbehrliche und tragende Kraft unserer Gesellschaft ist.

Durch das ehrenamtliche Engagement nehmen Bürger und Bürgerinnen Einfluss auf gesellschaftspolitische Prozesse und überlassen diese nicht nur den Politprofis.

Gegen soziale Verarmung

Ehrenamtliches Engagement verhindert nicht nur die soziale Vereinsamung in Zeiten sich verändernder Familienstrukturen. Es fördert auch die Teilhabe an gesellschaftspolitischen Prozessen und den Ausbau von Netzwerken.

Daher müssen insbesondere Konzepte entwickelt und umgesetzt werden, die eine Integration von Menschen fördern, die bisher aufgrund ihres geringen gesellschaftlichen oder finanziellen Status keinen Zugang zum ehrenamtlichen Engagement hatten. Eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft muss allen Personengruppen zugänglich sein.

Gegen Lohndumping

Ehrenämter dürfen andererseits auf keinen Fall dazu benutzt werden, Sozialabbau oder Lohndumping voranzutreiben, indem sie in Konkurrenz zu vorhandener hauptamtlichen Tätigkeiten treten. Nur wenn dem entschieden entgegengetreten wird, können sowohl eine gesellschaftliche Akzeptanz, als auch die genannten positiven sozialen Effekte erreicht werden.

Verkehr

Die Stadt muss jede Chance ergreifen, den umweltfreundlichen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und den Rad- und Fußverkehr zu stärken. Bündnisgrüne Verkehrspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass wir den ÖPNV bevorzugen und unterscheidet sich damit grundsätzlich von den Überlegungen aller anderen Parteien. Daneben müssen bei der Neu- und Umplanung von Verkehrswegen die Interessen der Radfahrerinnen und Radfahrer und Fußgänger und Fußgängerinnen vorrangig berücksichtigt werden. Wir stehen für eine Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) im Zentrum der Stadt. Gerade im Hinblick auf neue verkehrssteigernde Projekte von Oberbürgermeister Dietmar Schütz und der Ratsmehrheit aus SPD/FDP und BfO drängen wir Bündnisgrünen auf den Umbau Oldenburgs in eine Stadt mit innovativem Verkehrskonzept. Dieses muss integraler Bestandteil der Stadtentwicklung sein.

Aufgrund der Attraktivität als regionales Oberzentrum ist Oldenburg außerordentlich stark durch Verkehrs- und Pendlerströme belastet. Deshalb müssen Lärmreduzierung, Verminderung der Feinstaubbelastung und Entschleunigung Priorität genießen. Für die Oldenburger Stadtautobahnen muss sich die Stadt beim Bund für Lärmreduktion nach neuesten Kriterien einsetzen. Wir wollen die Höchstgeschwindigkeit auf innerstädtischen Autobahnteilstrecken zudem auf 80 Stundenkilometer beschränken.

ÖPNV und Parken, Kfz und Bahn

Die von Stadt- und Verkehrsplanern und -planerinnen gewollte Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs muss attraktive Alternativen bieten. Vorhandene P+R-Anlagen sollen ausgebaut und optimiert werden.

Die Wiederbelebung des Haltepunktes Wüstring ist ein guter Schritt, die Bahn auch als Nahverkehrsmittel wieder zu entdecken. Der Neubau eines Universitätsbahnhofs in Wechloy sollte der nächste Schritt sein. Diese und die folgenden Maßnahmen müssen mit umfangreicher Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden.

In diesem Zusammenhang sprechen wir uns für den Erhalt des Semestertickets in der derzeitigen Form aus.

Wir Bündnisgrüne wissen, dass auf absehbare Zeit das Kfz ein wichtiges Verkehrsmittel bleiben wird. In diesem Sinne fordern wir, endlich das Problem des Bahnübergangs Alexanderstraße zu lösen: In den nächsten Jahren sind große Wohn- und Gewerbeflächen im Bereich Alexanderhaus und Fliegerhorst geplant. Um die dadurch ausgelösten Verkehrsströme zu bewältigen, ist die Untertunnelung der Eisenbahn unabdingbar. Die Planungen dafür und die Prüfung ihrer Finanzierungschancen müssen von der Stadt Oldenburg vorangetrieben werden.

Der vorhandene Durchgangsverkehr durch innerstädtische Quartiere soll noch stärker über die Stadtautobahn abgewickelt werden. Hierzu ist eine bessere Beschilderung notwendig. Hauptverkehrsstraßen können dann zurück- statt weiter ausgebaut werden. Verkehrsberuhigung mit „einfachen Mitteln“ spart Kosten.

Zu Fuß und mit dem Rad

Oldenburg ist bezüglich der Länge und Anzahl der Radwege eine fahrradfreundliche Stadt: Dennoch sind die Radwege oft schmaler als die gesetzlich vorgeschriebenen 1,5 m und genügen nicht den Sicherheitsanforderungen. Die Ampelphasen sollen für den Radverkehr wie für Fußgänger und -gängerinnen optimiert werden. Wir fordern die Wiedereinstellung einer Fahrrad- und Fußgängerbeauftragten in der Stadtverwaltung.

Bei Neuanlage und Sanierung von Straßen fordern wir, sichere und komfortablere Alternativen für den Radverkehr zu bevorzugen. Diese fallen in der Regel kostengünstiger aus.

Die moderne Planung geht immer mehr dazu über, Fahrradstreifen auf der Fahrbahn einzurichten (oft mit Linien oder andersfarbigem Asphalt abmarkiert). Dadurch besteht Sichtkontakt zwischen Auto- und Radfahrerinnen und -fahrern. Zudem werden Konflikte zwischen Fußgängern und -gängerinnen und Radfahrerinnen und -fahrern entschärft. Die Entflechtung von Rad- und Fußwegen erhöht die Sicherheit beider Gruppen im Verkehr.

Sofern Radwege nicht auf Höhe der Fahrbahn angelegt werden können (etwa wenn diese nicht breit genug ist) ist, soll der Radverkehr nicht einfach auf den traditionellen Fußgängerbereich abgeschoben werden (wie in der August- oder Alexanderstraße). So kann das Groninger Konzept der Fahrradstreifen auch in Oldenburg angewendet werden .

Ferner fordern wir den konsequenten Ausbau des Radwegenetzes entlang des „Grünen Wegesterns“ (siehe Umwelt). Diese Fahrradrouten sollen mittels Beschilderung gekennzeichnet werden. Die Neubaugebiete Alexanderhaus und ehemaliger Fliegerhorst müssen mit Radwegen an die Innenstadt angebunden werden (siehe Stadtentwicklung).

Innenstadt

Zentrales Verkehrsprojekt der nächsten Jahre wird die Neuanlage des Innenstadtrings sein. Wir wollen den motorisierten Individualverkehr vom Heiligengeistwall und von der Staulinie/Staugraben verlagern und über Peterstraße, Pferdemarkt, Neue Donnerschweer Straße und Bahnhof führen.

Dies bietet die Chance, die historischen Wallanlagen stärker an die Innenstadt anzubinden. Wir fordern darüber hinaus, dass bei der baulichen Umgestaltung des Wallrings ebenerdige Parkplätze zurück gebaut werden.

Um Oldenburg herum

Wir fordern, dass sich die Stadt Oldenburg für den Lärm reduzierenden Ausbau und die Elektrifizierung der Bahnstrecke nach Wilhelmshaven einsetzt. Im Rahmen des beschlossenen Baus des dortigen Tiefwasserhafens wird damit eine möglichst umweltgerechte Abwicklung des Verkehrs sichergestellt.

Wir wollen, dass sich die Stadt Oldenburg klar gegen den Bau der A 22 (Küstenautobahn) positioniert.

Wirtschaft

Stärken ausbauen - Schwächen beseitigen

Wir treten dafür ein, dass die Stadt Oldenburg ihre Aufgabe als Oberzentrum für die Region ernst nimmt. Eine attraktive Innenstadt ist sowohl für den Einzelhandel als auch für den gastronomischen Bereich von erheblicher Bedeutung; ein ECE-Einkaufszentrum gehört nicht dazu.

Hochschulabsolventen und junge Unternehmerinnen und Unternehmer können durch eine attraktive Lebensumgebung dafür gewonnen werden, ihre berufliche Zukunft in Oldenburg zu suchen. Deswegen haben wir die Errichtung des Technologie- und Gründerzentrums (TGO) gefördert und wollen die intensive Begleitung des TGOs durch die Wirtschaftsförderung fortsetzen. Die in den letzten Jahren außerordentlich erfolgreiche Existenzgründungsberatung für Frauen bleibt auch künftig unser vorrangiges Ziel.

„Weiche Standortfaktoren“ werden im Wettstreit der Kommunen immer bedeutsamer und diese Faktoren wollen wir verbessern. Denn: Oldenburg ist im Wettbewerb „zukunftsfähige Kommune“ wegen der Politik der SPD/FDP/BfO in den vergangenen Jahren vom 3. Platz unter 20 vergleichbaren Städten auf den 7. Platz von 11 vergleichbaren Städten zurück gefallen. In diesem Wettbewerb wird insbesondere die Zukunftsfähigkeit (Demografie, Bildung, Umsetzung der Agenda 21, Energieeinsparung, Bürgerbeteiligung und Wirtschaft) der Kommunen verglichen.

Die Universität ist die größte Arbeitgeberin der Stadt. Sie hat darüber hinaus großen Einfluss auf das Oldenburger Image und potenzielle Neugründungen und Neuansiedlungen von Unternehmen in der Stadt und der Region. Wir sehen deshalb die Stadt in der Pflicht, die Universität sowie die Fachhochschulen beim Wettlauf um Fördermittel und den Bestrebungen zur Erweiterung und Verbesserung des Studienangebots besonders zu unterstützen.

Oldenburg nicht abkoppeln

Bei Standortentscheidungen im Industrie-, insbesondere aber im Dienstleistungsbereich spielt eine gute Bahnanbindung eine wichtige Rolle. Durch den ZOB und die Renovierung des Bahnhofs sind vor Ort optimale Voraussetzungen für eine attraktive Bahnanbindung geschaffen worden. Die mangelnde überregionale Anbindung der Stadt durch ICE und Intercity der Deutschen Bahn AG trägt diesem Umstand leider nicht ausreichend Rechnung. Eine der Bedeutung der Region angemessene Angebotsverbesserung ist hier dringend geboten.

Gewerbeflächen

Die Umlandgemeinden machen mit großzügigen Flächenausweisungen und attraktiven Preisen der Stadt bei Gewerbe- und -umsiedlungen starke Konkurrenz. Wenn man die Lebensqualität und die noch vorhandenen Grünflächen in der Stadt nicht einem unaufhörlichen Flächenverbrauch der Gewerbegebiete opfern will, kann die Stadt in diesem Wettlauf langfristig nicht bestehen. Die Stadt sollte sich deshalb bei der Vergabe der verbliebenen knappen Flächenressourcen um flächensparende Baukonzepte (z. B. zweigeschossige Gewerbebauten) bemühen.

hen. Arbeitsplatzintensive Unternehmen müssen vorrangig und zu besseren Bedingungen berücksichtigt werden. Längerfristig ist es wichtig, zu einer Kooperation mit den Umlandgemeinden zu finden, um die bisher üblichen unnötigen Konkurrenzkämpfe zu Lasten aller Kommunen, deren Kassen und der Umwelt zu vermeiden.

Einzelhandel

Das ECE-Center lehnen wir aus Einzelhandelsperspektive ab, denn es wird sich negativ auf die Wirtschaft in anderen Teilen der Fußgängerzone und in Oldenburgs Nebenzentren auswirken. Vorhandene Filialisten werden ins ECE umziehen und so die Leerstandquote erhöhen. Schon heute sind häufige Geschäftswechsel und Leerstände in der Innenstadt sichtbar (s.a. Stadtplanung).

Wir Bündnisgrünen begrüßen die Ansiedlung von IKEA grundsätzlich. Das daneben geplante Fachhandelszentrum lehnen wir ganz ab, da es das Überangebot an Verkaufsflächen erhöht und zu einer Verdrängung bisheriger Anbieter führt.

Weiterhin sprechen wir uns gegen den favorisierten Standort an der Holler Landstraße aus. Diese Fläche ist das einzige verbliebene Hafenerweiterungsgebiet und wird z. B. für die Umsiedlung von Betrieben benötigt, wenn die Hafenstadt verwirklicht wird. Außerdem fehlt eine Lösung für die Verkehrsanbindung an die Innenstadt. Die stark frequentierte Bahnlinie kann nicht höher gelegt werden, eine Unterführung für die anderen Verkehrsteilnehmer ist kurzfristig nicht finanzierbar. Die Anbindung des IKEA-Geländes durch ÖPNV soll ein Park & Ride-Angebot beinhalten und so den Autoverkehr in die Innenstadt verringern.

Die Umsatzverteilung zu Ungunsten der Innenstadt wird weiter beschleunigt durch den von der SPD/FDP/BfO-Mehrheit beschlossenen Ausbau von familia um 7000 Quadratmeter Verkaufsfläche, weitere mögliche 20000 Quadratmeter im Bereich des Posthalterweges und ihre wesentlich verbesserte Erschließung für den Pkw-Verkehr. Darüber hinaus gab es in der ablaufenden Ratsperiode eine Vielzahl von Verkaufsflächenerweiterungen, die in der Summe etwa der Verkaufsfläche der Fußgängerzone entsprechen.

Wir waren und sind dagegen, weil wir nichts davon halten, dass die Kundenströme sich immer stärker zentralisieren und die Versorgung in der umliegenden Region abnimmt. Dies führt zu immer mehr Individualverkehr und benachteiligt jene, die weniger mobil sind. Da es natürlich keinen endlos wachsenden Konsum gibt, belastet dies auch die wirtschaftliche Situation der umliegenden Kommunen. Außerdem ist der Einzelhandel kein Jobmotor, sondern aufgrund des herrschenden Verdrängungswettbewerbs in der Branche ein Jobkiller. Qualifizierte Jobs im traditionellen Einzelhandel werden in den Discountern und Großunternehmen durch eine kleinere Anzahl gering qualifizierter verdrängt. Wir Bündnisgrünen favorisieren eine wohnortsnahe Versorgungsstruktur. Nur solche Vorhaben sollen in Zukunft genehmigt werden.

Nachhaltige Produktion in Industrie und Handwerk

Wir Bündnisgrünen setzen uns dafür ein, dass im Rahmen der städtischen Wirtschaftsförderung mehr Gewicht auf Ansiedlung und Unterstützung von Betrieben gelegt wird, die ressourcen-

schonend produzieren bzw. langlebige Produkte erzeugen.

Die Stadt Oldenburg hat durch ihre Hochschulen attraktive Forschungskapazitäten und gleichzeitig ein hohes Potenzial an unterstützender Beratung. Die Betriebsberatung, wie sie durch das Regio-Institut in und um Oldenburg geschieht, muss dabei in Zukunft um ökologische Komponenten erweitert werden. Die Betriebe können entsprechend zertifiziert werden und sich so mit nachhaltiger Produktion profilieren.

Mittelstandsförderung durch Bausanierung

Die Verbraucherzentrale Niedersachsen leistet in Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen ein außerordentlich wertvolle Beratung zu Energiesparmaßnahmen an Gebäuden, die zuletzt in der Initiative „Klima Plus“ mündeten. Angesichts eines hohen Altbaubestandes mit Ein- und Zweifamilienhäusern mit schlechter Energieeffizienz ist dieser Aspekt für Oldenburg (30 Prozent höherer Energieverbrauch als im Bundesdurchschnitt) von großer Bedeutung. Nach Erhebungen der Verbraucherzentrale führt jede Beratungsstunde zu einem Investitionsvolumen für regionale Unternehmen in Höhe von circa 2.500 Euro. Die Klimaschutzdebatte senkt also sowohl die Kosten der Verbraucher und Verbraucherinnen und hat einen positiven Effekt auf die Wirtschaft.

Finanzpolitik

Nachhaltige Haushaltspolitik

Auch unsere Finanz- und Haushaltspolitik orientiert sich am Grundsatz der Nachhaltigkeit. Das bedeutet, dass wir bei der Erfüllung der gesellschaftlich notwendigen Ausgaben mit den vorhandenen bzw. erzielbaren Mitteln auskommen müssen, ohne dabei die Belastungen auf zukünftige Generationen zu verschieben. Die Verwirklichung dieses Ziels auf kommunaler Ebene ist oft schwierig, weil massive Eingriffe durch Bund und Land bei den Aufgaben und Einnahmen eine zukunftsorientierte Planung negativ beeinflussen.

Wir kritisieren scharf die unzureichende Umsetzung des kommunalen Finanzausgleichs durch die Landesregierung im Rahmen der ALG-II-Gesetzgebung und unterstützen die Klage der Stadt gegen das Land.

Andererseits muss die Stadt Oldenburg auch selbst ihre Situation durch Nutzung alternativer Finanzierungen meistern. Notwendige Investitionen in Schulen, Sporteinrichtungen und in die Infrastruktur der Stadt, und das alles unter der Prämisse der Energie-Einsparung können durch intelligenten Einsatz von Public-Private-Partnership Konzepten (PPP) und durch Nutzung von öffentlichen Förderungen (KfW-Kredite) realisiert werden. Maßnahmen zur Senkung der Zinshöhe z.B. durch innovative Finanzierungsinstrumente (unter anderem durch Verbriefung von städtischen Forderungen) müssen geprüft und genutzt werden. Dazu kann es auch sinnvoll sein, externen Rat z.B. durch die Finanzinstitute in Oldenburg zu nutzen.

Künftig gilt es, bei den Investitionen der Stadt auf deren finanziellen Auswirkungen in den Folgejahren zu achten und Dauerbelastungen zu verringern. Die Hinweise der Oldenburger Bündnisgrünen zu den erheblichen Folgekosten der Sport-Arena wurden wie schon in der Vergangenheit bei anderen Großprojekten von der SPD ignoriert. Leider beweist schon das erste halbe Betriebsjahr die Richtigkeit unserer Bedenken. Die Fehler bei der finanziellen Konstruktion und dem Bau der Sport-Arena verringern die finanziellen Spielräume der Stadt zu Lasten wichtiger Investitionen in Innovation, Bildung und Kinderbetreuung.

Im Rahmen ihrer eigenen Möglichkeiten ist die Stadt weiterhin gefordert, bei allen Aufgaben zu prüfen, inwieweit diese tatsächlich von der Stadt erledigt werden müssen. Darüber hinaus muss die Durchführung aller Dienstleistungen so effizient wie möglich organisiert werden und müssen vorhandene Einnahmepotenziale ausgeschöpft werden. Bei Infrastrukturmaßnahmen ist intensiver zu prüfen, ob Sanierung günstiger ist als Neubau. Insgesamt ist vorausschauender zu planen, damit nicht erst repariert wird, wenn es zu spät ist.

Gewerbe- und Grundsteuer

Wichtigste Einnahmequelle der Stadt ist nach wie vor die Gewerbesteuer. Wir halten an der Gewerbesteuer fest, weil sie das Band zwischen Kommune und Wirtschaft stärkt.

Bei der Grundsteuer liegt der Hebesatz zurzeit mit 410 Prozent weiter unter dem Durchschnitt vergleichbarer Städte (z.B. Osnabrück 430, Wilhelmshaven 410, Bremen 580, Bremerhaven 530

Prozent). Angesichts der nach wie vor angespannten Finanzlage ist eine solche Besserstellung der Grundstückseigentümer nicht tragbar. Wir schlagen deshalb eine Anhebung auf 450 Prozent vor, die eine Mehreinnahme von circa 2,5 Millionen Euro jährlich für Stadt bedeutet. Wir sind uns bewusst, dass dies im Ergebnis leider auch viele Mieter treffen wird (monatliche Mehrbelastung bei einer Durchschnittswohnung rund drei Euro). Die der Grundsteuer zu Grunde liegenden Einheitswerte sind sehr ungleichmäßig und bedürfen deshalb dringend einer Überarbeitung; dies ist jedoch nur durch eine bundesweite Neuregelung möglich.

Städtische Immobilien und GSG-Beteiligung

Die Stadt Oldenburg verfügt noch immer über Häuser und Grundstücke, die für kommunale Zwecke nicht erforderlich sind. Der Weg der Veräußerung ist fortzusetzen. Bei den durch die Stadt genutzten Gebäuden ist regelmäßig zu prüfen, ob Eigentums-, Miet- oder Leasinglösungen von Fall zu Fall wirtschaftlich am günstigsten sind.

Bei Wohnbau- und Gewerbeflächen sollte sich die Stadt weiterhin bemühen, diese soweit wie möglich zuvor selbst zu erwerben und zu vermarkten. Dadurch kann sie einfacher und wirkungsvoller als durch Bebauungspläne auf den Wohnungsbau und die städtebauliche Entwicklung Einfluss nehmen. Ein solches Konzept wirkt dämpfend auf das Grundstückspreisniveau. Planungsbedingte Spekulationsgewinne privater Grundstückseigentümer können so verhindert werden.

Wir fordern den Erhalt einer starken, unter kommunaler Kontrolle stehenden GSG in Oldenburg und lehnen den vollständigen oder teilweisen Verkauf von Gesellschaftsanteilen an private Investoren ab. Die in vielen Bereichen an sozialen Kriterien orientierte Wohnungspolitik der GSG, findet unsere volle Unterstützung.

Umwelt

Energie und Klimaschutz

Die Energieversorgung ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen überhaupt, und dies nicht nur in Bezug auf Umwelt- und Klimaschutz, sondern auch in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht. Hier müssen auch auf kommunaler Ebene passende zukunftsfähige Lösungen entwickelt werden. Zudem ist Oldenburg Mitglied im Klimabündnis europäischer Städte und ist damit die Verpflichtung eingegangen, die klimaschädlichen CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2010 im Vergleich zu 1990 zu halbieren.

Zwar wurden von uns in der vorletzten Ratsperiode initiierte Projekte, wie z.B. das Energiesparprogramm an Oldenburger Schulen „Abgedreht“, weitergeführt, aber in den letzten fünf Jahren gab es kaum neue Ansätze in dieser Richtung. Im Gegenteil: wichtige Vorschläge und Initiativen der Bündnisgrünen, z.B. zum Ausbau der Energieleitstelle oder zur Unterstützung energetischer Sanierung des Altbaubestandes, wurden bisher weder von der Ratsmehrheit gestützt noch von der Verwaltung aufgegriffen.

Gerade bei stetig steigenden Energiepreisen sind intelligente Investitionen in diesem Bereich wegen der angespannten Haushaltslage der Stadt unbedingt geboten, um die Stadtkasse zukünftig nicht mit hohen Kosten zu belasten.

Auf Umsetzung warten bereits viele unserer Vorschläge:

Dringend nötig ist z.B. Ausbau und Aufwertung der Energieleitstelle als zentrale Verwaltungseinheit für alle Energie-Fragen, in der z.B. bestehende Energiespar-Konzepte umgesetzt oder neue entwickelt werden können und städtische Bauvorhaben auf energetische Effizienz kritisch geprüft werden können.

Hierzu gehört unter anderem, das von der Stadtverwaltung durchgeführte Intracting-Modell bei Schulgebäuden weiter auszubauen (d.h. ein bestehender Investitionsfond für energetische Sanierung wird aus den eingesparten Energiekosten vorangegangener Investitionen gespeist).

Ergänzend dazu muss zusätzlich ein von der Privatwirtschaft durchzuführendes Contracting-Konzept für städtische Gebäude ausgearbeitet werden. Contracting bedeutet, dass eben nicht die Stadt die energetische Sanierung ihrer Gebäude vorfinanzieren muss, sondern Fremdfirmen die Investitionen zunächst auf eigene Rechnung durchführen, um später einen Anteil der eingesparten Kosten für einen bestimmten Zeitraum ausgezahlt zu bekommen. Das ist finanziell gewinnbringend für alle und hilft, CO₂-Emissionen zu reduzieren.

Die Stadt muss aber nicht nur ihren eigenen Energieverbrauch und damit Kosten senken. Sie hat auch eine Verpflichtung gegenüber den eigenen Bürgerinnen und Bürgern, die Wichtigkeit des Themas Energieeinsparung und des Einsatzes alternativer Energien im Bewusstsein zu verankern und sie bei der Umsetzung zu unterstützen. Insbesondere beim privaten Altbaubestand und beim Einfamilienhausbau.

Der Wärmeenergieverbrauch in Oldenburg liegt circa 30 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Wegen schlechter Dämmung der Wohnungen und Häuser oder zu alter beziehungsweise falsch eingestellter Heizungen verlieren ihre Bewohner und Bewohnerinnen teilweise ohne Wissen viel Geld. Zudem wird dadurch unnötig viel CO₂ in die Atmosphäre geblasen.

Wir fordern eine breite Aufklärungs- und Informationskampagne zur energetischen Sanierung von Altbauten. Die Initiative „Klima(+) Oldenburg“, muss weiter unterstützt werden. Zur Unterstützung der Sanierung des privaten Altbaubestandes sollen die Bürger und Bürgerinnen aber auch konkrete Unterstützung von der Stadtverwaltung bekommen.

Neben der finanziellen Förderung bei der freiwilligen Erstellung von Energiepässen für Privathäuser und Wohnungen, die helfen sollen, den energetischen Sanierungsbedarf festzustellen, möchten wir den Bürgern auch konkrete technische Hilfen anbieten, z.B. durch die Erstellung von Thermobildern durch Wärmebildkameras als kostengünstige städtische Dienstleistung durch das Hochbauamt.

Auch das Kompetenzzentrum für Bauen und Energie (Agenda-Gruppe KoBE) muss konsequent unterstützt werden. Sie braucht ein zentral gelegenes Informationszentrum.

Neben der bautechnischen Kontrolle der seit mehreren Jahren gesetzlich vorgeschriebenen Niedrigenergiebauweise für Neubauten wollen wir das Bauen von Passivhäusern, z.B. durch Bevorzugen bei der Vergabe von Baugrundstücken fördern.

Zur Förderung alternativer Energien muss ein städtisches Gebäudekataster für mögliche Bürgersolardächer erarbeitet und den Bürgern und Bürgerinnen zugänglich gemacht werden. Ebenso sollte ein speziell für Oldenburg entwickelter Katalog von Möglichkeiten zur Nutzung von Photovoltaik-Anlagen als Element der Baugestaltung entwickelt werden.

Eine umweltverträgliche und nachhaltige Energieversorgung für Oldenburg zu sichern, ist eine der zentralen Herausforderung der nächsten Ratsperiode. In diesem Zusammenhang muss die Stadt Oldenburg als größter Gesellschafter der EWE ihren Einfluss endlich geltend machen.

Umwelt- und sozialverträgliche Sanierung von GSG-Wohnungen

Die GSG verfügt über den größten Bestand von Mietwohnungen in Oldenburg. Diese sind insbesondere im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus in den 50er und 60er Jahren entstanden und in einem entsprechend schlechtem Zustand. Ein nachhaltiges Sanierungskonzept zur Einsparung von Energie und Kosten für die Bewohner und Bewohnerinnen ist zu intensivieren. Die Stadt Oldenburg muss daher die GSG bei ihren sozialen und energiepolitischen Verpflichtungen unterstützen.

Wiedereinrichtung und Ausbau des Dezernats für Umwelt

Gegen den Willen der Oldenburger Bündnisgrünen und aller Umweltverbände wurde von Oberbürgermeister Dietmar Schütz im Jahr 2003 das Umweltdezernat der Stadt Oldenburg aufgelöst und dessen Arbeitsbereiche zu einem großen Teil dem Bauressort und anderen Dezernaten zugeordnet. Auf Grund dieser Umgestaltung spielen Umweltbelange bei den Wahlprogramm Kommunalwahl 2006

Entwicklungsplanungen der Stadt offensichtlich nur noch eine untergeordnete Rolle. Wichtige Ansätze und Konzepte des ursprünglichen Umweltdezernats wurden ganz fallen gelassen.

Gerade in einer städtischen Kommune ist die Gesundheit der Menschen durch Vernachlässigung des Umweltschutzes besonders bedroht. Auch haben wir eine Verantwortung gegenüber unserer Landschaft zum Schutz einer hohen Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren. Diese Bedeutung muss sich auch in der Aufgabenverteilung der Stadtverwaltung widerspiegeln. Der Umweltgedanke muss in einem vom Bau unabhängigen Dezernat angesiedelt werden.

Auch wurden durch die Auflösung der Bezirksregierung viele Aufgaben an die Stadtverwaltung übertragen, ohne dass die personelle Besetzung entsprechend angepasst wurde. Das Umweltamt ist heute hoffnungslos überlastet.

Wir fordern deshalb für die nächste Ratsperiode die Wiederherstellung und den Ausbau des Dezernats für Umwelt zu einem „Dezernat für Umwelt, Energie und Innovation“.

Die Einrichtung dieses Dezernats ist eine wegweisende Investition in die Zukunft. Die Themen Umwelt, Energie und Innovation sind heutzutage aufs Engste miteinander verwoben. Heute zeigt sich bereits deutlich, dass falsches Sparen und Ignoranz beim Umweltschutz und beim Thema Energie uns teuer zu stehen kommen.

Dabei ließen sich gerade hier, insbesondere auch bei der Förderung innovativer Unternehmen mit neuen Ideen und Technologien im Umweltsektor, wichtige Impulse geben, damit die Oldenburger Wirtschaft auch in Zukunft neue Arbeitsplätze schaffen kann.

Das neue Dezernat soll deshalb nicht nur bei Fragen des Umweltschutzes an die Arbeit des ehemaligen Umwelt-Dezernats anknüpfen, sondern sich auch mit zielgerichteter Wirtschaftsförderung in der Stadt Oldenburg befassen. Hierbei soll insbesondere die Gründung und Ansiedlung von Firmen und Forschungsinstituten aus dem Spitzentechnologiebereich unterstützt werden. Z.B. müssen neue Umwelttechnologien, die sich aus solchen lokalen Einrichtungen entwickeln, in der Stadt Oldenburg beispielhaft umgesetzt und angewendet werden.

Agenda 21

Auf unsere Initiative wurde in der Stadt Oldenburg eine lokale Agenda entwickelt. Somit haben wir die Initiative der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro umgesetzt. Jede Kommune soll danach ihren Beitrag zum Schutz der Erdatmosphäre, zu einer Veränderung der Konsumgewohnheiten in den Industrieländern, zu einem umweltverträglichen Umgang mit Abfällen und Emissionen und zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung leisten.

Unter Mitwirkung vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger wurden bis zum Frühjahr 2001 Ziele für die zukünftige Entwicklung Oldenburgs erarbeitet. Die erfolgreiche Arbeit der Agenda-Gruppen mündete in einen einstimmigen Beschluss des Rates und in konkreten Projekten. Leider wurden die positiven Vorsätze in den vergangenen Jahren durch den Oberbürgermeister nicht nur missachtet, sondern der laufende Agenda-Prozess behindert, wie an dem Ergebnis des Wettbewerbes „zukunftsfähige Kommune“ abzulesen ist.

Der Agenda-Prozess muss wieder stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit rücken. Neben einer Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit brauchen die einzelnen Initiativen oft eine intensivere Unterstützung von Seiten der Fachstellen der Verwaltung. Die Unterstützung der Agenda-Gruppen muss als Aufgabe der Verwaltung und der kommunalpolitischen Gremien verankert werden. Wichtig ist auch, dass die Ausweitung des inhaltlichen Spektrums der Agenda-Gruppen gefördert wird.

Wir wollen die Aufgaben des Nachhaltigkeitsrates deutlicher fassen und seine Ziele konkreter definieren. Er ist als Ideengeber, Kostenkoordinator (z.B. Initiierung von Stiftungen) und als inhaltlicher Multiplikator in wichtigen Institutionen einzusetzen.

Das Projekt „Verschenkenmarkt“ der Lokalen Agenda 21 soll stärker mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb verknüpft werden. Diese Verknüpfung könnte z.B. bei der Sperrmüllabfuhr und auf den Werstoffannahmestellen direkt erfolgen, aber auch durch eine bessere Information der Bürgerinnen und Bürger. Damit können brauchbare und funktionierende Gegenstände wiederverwertet werden. Denn der beste Abfall ist der, der erst gar nicht entsteht.

Entsorgung und Abfallwirtschaft

Die Abfallwirtschaft wird als Eigenbetrieb der Stadt Oldenburg geführt. Wir stehen hinter dieser Betriebsform. Der Abfallwirtschaftsbetrieb arbeitet Kosten deckend. Die anfallenden Gesamtkosten werden auf alle Gebührenzahlerinnen und -zahler umgelegt.

Im Gegensatz zur Privatwirtschaft werden also keine Gewinne erstrebt. Weiterhin fällt auch keine Mehrwertsteuer an, die im Jahr 2007 auf immerhin 19 Prozent steigen wird. Von diesem Wettbewerbsvorteil eines Eigenbetriebes profitieren Bürgerinnen und Bürger unmittelbar in Form von niedrigen Gebühren, was die vergangenen Jahre eindrucksvoll belegen. Eine Privatisierung des Abfallwirtschaftsbetriebes lehnen wir daher ab.

Die erfolgreiche Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb und die Erfüllung der Normen für Qualitäts- und Umweltmanagement (DIN EN ISO 9001 und 14001) sowie optimierte Arbeitsabläufe zeigen die Handlungsfähigkeit des Abfallwirtschaftsbetriebs. Er war in den vergangenen Jahren auch in schwierigen Momenten (Niederbrand der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage) schnell handlungsfähig.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb ist für die Zukunft also hervorragend aufgestellt. Da er anderen Ämtern der Stadt Oldenburg als Vorbild dient und damit er seine Leistungsfähigkeit ausspielen kann, fordern wir den Verbleib der Abfallwirtschaft in kommunaler Trägerschaft in Form eines Eigenbetriebes.

Je besser und genauer Abfall getrennt wird, desto niedriger können die Müllgebühren gehalten werden. Verstärkte Abfallberatung und entsprechende Einrichtungen, wie z.B. Wertstoffannahmestellen, dienen daher nicht nur der Müllvermeidung, sondern helfen den Bürgerinnen und Bürgern beim Geldsparen. Diese Einrichtungen müssen baulich so ausgerichtet werden, dass sie auch noch zukünftigen Anforderungen entsprechen können. Beim Bau der neuen Wertstoffannahmestelle in Neuenwege muss auf diese Kriterien besonders geachtet werden. Ebenfalls ist ein Ausbau der Wertstoffannahmestelle Langenweg für die im Stadtnorden wohnenden Bürgerinnen und Bürger zu prüfen.

Umweltschutzbericht

Das aufgelöste Umweltdezernat hatte unter Karin Opphardt mit dem „Umweltschutzbericht 2000“ einen Meilenstein der Umweltberichterstattung in Oldenburg gesetzt. Hier bekamen interessierte Bürgerinnen und Bürger zum ersten und bislang letzten Mal verständliche und übersichtliche Informationen über alle wichtigen Umweltbereiche in Oldenburg und damit wichtige Anregungen für das eigene Handeln. Denn für eine wirklich nachhaltige Entwicklung ist das umweltbewusste Verhalten der Menschen wichtiger als alle technischen Neuerungen.

In dem Umweltbericht war zum Beispiel zu lesen,

- dass 98 Prozent aller Fließgewässer in Oldenburg kritisch belastet oder stark verschmutzt sind,
- dass die Stadt Oldenburg seine klimaschädlichen Emissionen im Vergleich zum Basisjahr 1990 noch erhöht statt gesenkt hat,
- dass in Oldenburg pro Tag und Einwohner über 150 Liter Trinkwasser verbraucht werden,
- dass über 500 Altlasten, also Standorte mit Ablagerung von zum Teil giftigem Müll, noch nicht erfasst und hinsichtlich ihrer Umweltwirkung bislang auch noch nicht untersucht wurden,
- und vieles mehr.

Die Stadt Oldenburg hat die Pflicht, ihre Bürger und Bürgerinnen über die aktuellen Umweltprobleme offen, umfassend und zeitnah zu informieren. Eine aktualisierte Fassung des Umweltschutzberichts, insbesondere mit ausführlichem Klimaschutzbericht, ist überfällig. Wir fordern, dass die Erstellung eines Umweltschutzberichtes eine selbstverständliche regelmäßige Aufgabe der Stadtverwaltung wird.

Bürgerbeteiligung im Umweltschutz

Erfolgreiche Umweltpolitik geht nur mit aktiver Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger. Die Politik darf dann jedoch nicht nur einseitig informieren, sondern muss auch die Anregungen von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern aufnehmen und dabei weit über das gesetzlich vorgeschriebene Wahlprogramm Kommunalwahl 2006

schriebene Mindestmaß hinausgehen. Verbände und Bürgerinitiativen wollen wir an allen wichtigen Vorhaben der Stadt beteiligen (siehe Bürgerbeteiligung).

Wir wenden uns gegen das Modellkommunengesetz, weil unter anderem die Einspruchsfrist der Umweltverbände bei kommunalen Eingriffen in die Natur um die Hälfte reduziert wird.

Das Regionale Umweltbildungszentrum (RUZ)

Die Vereinten Nationen haben die UN-Dekade der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ausgerufen. Das Regionale Umweltbildungszentrum (RUZ) nimmt hier in Oldenburg eine herausragende Stellung ein. Kinder und Jugendliche in Energie- und Umweltfragen auszubilden, ist für eine nachhaltige Entwicklung von enormer Wichtigkeit. Wir setzen uns für eine ausreichende personelle Unterstützung des RUZ ein, so dass die nachgefragten Kurse auch tatsächlich durchgeführt werden können.

Ökoprofit

Bei diesem Thema sind andere Städte Vorreiter. Ökoprofit, in den 90er Jahren in Graz entwickelt, wird heute von über 1000 Kommunen angewendet. Die Landeshauptstadt Hannover hat dieses Konzept bereits im Jahr 2000 erfolgreich für sich entdeckt.

Ökoprofit ist die Kurzform von „ÖKOlogisches PROjekt Für Integrierte UmweltTechnik“. Dahinter verbirgt sich ein Kooperationsprojekt zwischen Kommune und Betrieben mit dem Ziel einer energetischen Schwachstellenanalyse zur Senkung von Kosten und Energieverbrauch. Dies sichert Arbeitsplätze und erhöht die Attraktivität des Standortes Die teilnehmenden Unternehmen durchlaufen eine intensive Schwachstellenanalyse, die Einsparpotenziale offenbart.

Damit wird zugleich nachhaltiges Wirtschaften im Sinne der Agenda 21 gefördert und der Standort Oldenburg mit seinen Arbeitsplätzen gestärkt.

Oldenburg als Stadt im Grünen

Ungefähr die Hälfte der Stadtfläche besteht aus Wiesen, Wäldern, Äckern, Parks, Gärten und ähnlichem. Davon stehen ungefähr 60 Prozent unter Schutz mit unterschiedlichem Status. Diese un bebauten Bereiche des Stadtgebietes sind Lebensraum für eine Vielzahl von zum Teil seltenen Tier- und Pflanzenarten, aber auch unentbehrlicher (Nah-)Erholungsraum für die Oldenburger Bürgerinnen und Bürger.

Oldenburg war in der Vergangenheit stolz auf seine Naturschutzgebiete in der Stadt. Mit dem Wegfall der Bezirksregierung ist die Pflege und Entwicklung nun Aufgabe der Stadt. Wir wollen diese Naturschutzgebiete erhalten und in ihrem ökologischen Potential stärken.

Wir Bündnisgrüne wollen den Schutz dieser Gebiete konsequent umsetzen und ausbauen, sowie dass weitere Gebiete unter Schutz stellen.

Auch aus Umweltperspektive muss der „Grüne Wegestern“ weiter entwickelt werden und mit einem Biotopverbund kombiniert werden (s.a. Verkehr). Die Ausweisung des Weißenmoores und der Südbäkeniederung als Landschaftsschutzgebiete ist seit Jahren überfällig. Auch ist eine ständige Überprüfung der geschützten Biotope in Oldenburg notwendig, denn Untersuchungen in anderen Kommunen zeigen, dass diese durch Bautätigkeit und unsachgemäße Landwirtschaft besonders bedroht sind.

Um den Schutz der Landschaft zu gewährleisten, ist es auch weiterhin notwendig, dass die Stadt Flächen als Eigentum erwirbt, da sonst die angestrebten Naturschutzziele nicht umgesetzt werden können.

Landschaftsplanung

Im Zuge weiterhin intensiver Gewerbe- und Wohnbautätigkeit im Stadtgebiet wird die Konkurrenz zwischen Flächenverbrauch und Landschaftsschutz immer schärfer. Dieser Interessenkonflikt erfordert sorgfältige Abwägungen. Wir Bündnisgrüne werden uns im Rat auch weiterhin dafür einsetzen, dass der Natur- und Landschaftsschutz zu seinem Recht kommt.

Auch die Wohnraumplanung muss unter landschaftspflegerischen Aspekten begutachtet und eingeschätzt werden. In den Bebauungsplänen sind ökologische Vorgaben fest zu halten. Nachverdichtung hat Vorrang vor der Erschließung neuer Wohngebiete.

Grundsätzlich sollen im Flächennutzungsplan keine weiteren Bauflächen ausgewiesen werden. Der Landschaftsrahmenplan und der Landschaftsplan sollen fortgeschrieben werden.

Kompensationsflächenmanagement

Wir setzen uns für die großzügige Ausweisung von Ersatz- und Ausgleichsflächen für Bau- und Gewerbegebiete ein und unterstützen die Schaffung eines Ökokontos. Langfristiges Ziel ist die Schaffung eines Biotopverbundsystems. Damit werden die Flächen frühzeitig gesichert und kostengünstig bepflanzt, die später als Ersatzmaßnahmen für Eingriffe in die Landschaft angerechnet werden können.

Frauen

Frauengerechte Stadt

Die bündnisgrüne Frauenpolitik hat in der Vergangenheit einiges erreicht. Gleichstellungsbeauftragte engagieren sich in Kommunen, Behörden und Hochschulen für die Interessen von Frauen. Die Frauen heute sind entschieden selbstbewusster und engagierter geworden. Doch sie sind immer noch gewaltbereiten Männern ausgesetzt, werden in öffentlichen Räumen und am Arbeitsplatz sexuell belästigt und immer noch in fast allen gesellschaftlichen Bereichen benachteiligt. So ist die Familien- und Hausarbeit ungleich zwischen Männern und Frauen verteilt. Frauen haben weniger Qualifizierungs- und Aufstiegschancen. Bei Alleinerziehenden - mit ihren finanziellen Problemen - handelt es sich meist um Frauen. Kindererziehungszeiten ziehen häufig Arbeitslosigkeit von Frauen nach sich. Frauen arbeiten häufig im Niedriglohnssektor.

Deshalb ist und bleibt Frauenpolitik ein Grundbestandteil bündnisgrüner Kommunalpolitik. Frauenpolitik ist nach wie vor Querschnittsaufgabe in allen kommunalpolitischen Handlungsfeldern und muss stets in allen Entscheidungen und Abwägungen mitbedacht werden. Diese reichen von frauenfreundlichen Wohnmodellen und der Stadtteilplanung, über die soziale Sicherung, bis hin zur Einstellungs- und Beförderungspraxis der Stadtverwaltung mit Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Qualifizierte Arbeit für Frauen

Nach wie vor gelangt nur eine geringe Zahl qualifizierter Frauen in höhere Positionen, auch in der Stadtverwaltung. Arbeitsplätze für Frauen sind nur da zahlreich vorhanden, wo sie geringer vergütet werden und weniger Qualifikation erfordern.

Das Gleichstellungsgesetz hat Regelungen für den Öffentlichen Dienst geschaffen, die noch nicht durchgängig angewendet werden. Im Rahmen der Elternzeit können Väter und Mütter die 3-jährige Elternzeit gemeinsam nehmen und auf mehrere Abschnitte verteilen. Es gibt das Recht auf Teilzeit, bis zu 30 Stunden und den Anspruch, zur früheren Arbeitszeit zurückkehren zu können.

Wir fordern, dass die Stadtverwaltung als große Arbeitgeberin ihren Beitrag zur Umsetzung des Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes in Oldenburg leistet und Frauen auf allen Ebenen so lange bevorzugt einstellt, bis ein Gleichgewicht, auch in den Chefetagen, zwischen Männern und Frauen erreicht ist. Denn Ausbildungsplätze und Aufstieg sind seit dem Gleichstellungsgesetz quotiert.

Einrichtungen wie der Familienservice Weser-Ems e.V. fördern, dass beispielsweise für berufstätige Menschen kurzfristig die Betreuung von Kindern (z.B. bei Krankheit) organisiert wird. Neben solchen speziellen Projekten muss die Stadt Oldenburg bei der Vergabe von Aufträgen vorrangig die Unternehmen berücksichtigen, die Frauen fördern und familiengerechte Arbeitsbedingungen bieten.

Frauen- und Mädchenräume in der Stadt

Wir Bündnisgrüne wollen Begegnungsorte und (Wohn- und Freizeit-) Räume für Frauen und Mädchen in unserer Stadt unterstützen, in denen sie ihre Bedürfnisse und Interessen frei äußern und gestalten können, z. B. in der Gemeinwesenarbeit, die als gesellschaftspolitische Aufgabe ein wichtiger Bestandteil stadtteil- bzw. wohngebietsorientierter Sozialpolitik ist. Wir werden uns auch hier für frauen- und mädchengerechte Ziele einsetzen, insbesondere für geschlechtsspezifische Gruppenangebote in den Freizeitstätten sowie für Mädchenaktionstage und dezentrale Mädchentreffs.

Ferner soll ein Planerinnenbeirat gebildet werden, bestehend aus Expertinnen diverser Branchen sowie unabhängigen Bürgerinnen, der den Verwaltungsgremien Vorschläge für die Gestaltung einer frauenfreundlichen Stadt vorlegt.

Frauen- und Mädchenprojekte

In der letzten Wahlperiode waren zahlreiche Einrichtungen von Einsparmaßnahmen und Streichungen durch das Land und der Kommune betroffen. Darunter fielen: das Therapie und Beratungszentrum für Frauen, das Frauenhaus der AWO, das Frauenprojektehaus, die Selbsthilfeeinitiative Donna 45 und die Zufluchtsstätte Runaway.

Wir Bündnisgrüne fordern, dass der Kahlschlag an Mädchen- und Frauenprojekten aufhört! Alle noch bestehenden Projekte wie Wildwasser, das Mädchenhaus und das Autonome Frauenhaus müssen erhalten, die Streichungen der letzten Jahre rückgängig gemacht werden. Das Autonome Frauenhaus, wo Frauen und Kinder zeitweiligen Schutz vor gewalttätigen (Ehe-)Männern erhalten, musste auch bereits Mittelkürzungen hinnehmen. Wir fordern mindestens die Sicherung des Angebotes im Autonomen Frauenhaus. Es muss aber ebenso ein Investitionskostenzuschuss aufgebracht werden, um im Frauenhaus mehr Platz zu schaffen. Insbesondere werden Wohnmöglichkeiten für das gemeinsame Wohnen von Müttern mit ihren Kindern benötigt. Im Moment müssen gerade diese Frauen mit ihren Kindern oft wegen Platzmangels abgewiesen werden.

Die neue vom Land gegründete Initiative BISS (Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt) wird für den Bereich Stadt Oldenburg und Landkreis Ammerland mit einer halben Stelle finanziert. Die ersten Ergebnisse der Arbeit zeigen bereits, dass die Beratung und Hilfsangebote vor Ort von gewaltbedrohten Frauen gut angenommen werden. Daher soll die Kommune nicht nur durch die kostenlose Bereitstellung eines Büros die wichtige Arbeit unterstützen, sondern auch personell durch Erhöhung des Stundenkontingents (eine volle oder zwei Teilzeitstellen).

Wir wollen auch andere neue Initiativen unterstützen! Dafür fordern wir, neben der Förderung der Existenzgründungsagentur für Frauen (EFA), ein „Budget für Frauenprojekte“, damit Ideen leichter erprobt werden können.

Frauennachttaxi

Die Stadt Oldenburg hat die Zuschüsse für das Frauennachttaxi gestrichen und damit seine Existenz beendet. Aus Untersuchungen ist bekannt, dass Frauen über einen geringeren Bewegungsradius, bezogen auf ihre Wohnung, verfügen als Männer. Deshalb ist es wichtig, dass Frauen - insbesondere Seniorinnen - sich sicher in der Öffentlichkeit bewegen können. Das Frauennachttaxi leistet daher nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit von Frauen, sondern hilft ihnen, ihr Recht auf Bewegungsfreiheit ohne tageszeitliche Einschränkungen wahrzunehmen.

Frauen braucht die Kommunalpolitik

Frauenpolitik ist seit Gründung unserer Partei ein tragendes Element unserer Politik. Frauen können ihre Interessen und Bedürfnisse am Besten selbst vertreten. Wir möchten Frauen dazu ermutigen, den Schritt in die Politik zu wagen. Unser landesweites Mentorinnen-Programm hat Frauen auf dem Weg in die aktive Kommunalpolitik unterstützt. Wir werden uns auch weiterhin bemühen, Frauen mit gezielten Angeboten und Projekten zur politischen Teilnahme zu bewegen.

Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming ist eine neue Strategie zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in Kommunen. Der englische Begriff Gender bezeichnet das soziale Geschlecht - also gesellschaftlich bestimmte Rollen, Rechte und Pflichten von Frauen und Männern. Geschlechterrollen werden demnach nicht ererbt, sondern durch Erziehung und Gesellschaft bestimmt. Daher sind sie veränderbar. Mainstream bedeutet, dass ein bestimmtes - geschlechterbewusstes - Handeln Bestandteil der Politik und Verwaltung wird. Gender Mainstreaming bedeutet, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern planerisch und strategisch bei allen wesentlichen Planungen, Vorhaben und Entscheidungen berücksichtigt werden.

Rechtlich verbindlich ist Gender Mainstreaming als europäische Strategie mit der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages 1999. Auf Bundesebene wurde im Jahr 2000 die Strategie für alle politischen und Verwaltungsmaßnahmen eingeführt. Seitdem setzt sich in den Bundesländern sowie in einzelnen Städten diese neue Strategie zunehmend durch. In Niedersachsen ist seit Mai 2004 die Gender Mainstreaming-Leitlinie auf Landesebene in Kraft.

Mit Gleichstellung von Frauen und Männern ist dabei nicht die formale Gleichbehandlung gemeint, die ungeachtet der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und Lebenssituationen alle „über einen Kamm schert“. Frauen und Männer werden nicht als homogene Gruppen begriffen. Die vielfältigen Lebenssituationen und Bedürfnisse, die innerhalb dieser Gruppen bestehen, werden berücksichtigt - z.B. bei alleinerziehenden Vätern oder bei männlichen Führungskräften mit ihrem Wunsch nach Teilzeitarbeit.

Gender Mainstreaming soll vermeiden, dass sich politische Programme, Maßnahmen, Dienstleistungen und so weiter an einseitigen Leitvorstellungen vom männlichen Bürger, Kunden oder Arbeitnehmer orientieren.

Wir Bündnisgrüne sind bestrebt, vielfältigen Interessenlagen entgegen zu kommen und stereotype Zuschreibungen und Vorannahmen zu vermeiden.

Gender Mainstreaming macht die bisherige spezifische Gleichstellungspolitik jedoch nicht überflüssig. Vielmehr ist es Teil einer Doppelstrategie: Gender Mainstreaming braucht eine spezifische Gleichstellungspolitik als Basis.

Auch in Oldenburg muss diese neue Gleichstellungs-Strategie für Rat und Verwaltung gelten.

Gender Mainstreaming soll in allen Bereichen, auch in vermeintlich geschlechtsneutralen, berücksichtigt werden. Tatsächlich sind die meisten Bereiche nicht geschlechtsneutral. Zum Beispiel: die Nutzung von kommunalen Sportanlagen. Diese werden zu 70 Prozent von Männern genutzt, weil sie auf Sportarten zugeschnitten sind, die eher Jungen und Männer bevorzugen (Fußball und Basketball). Mädchen und Frauen bevorzugen vermehrt Sportarten wie Turnen, Tennis und Tanzen. Wenn die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse von Frauen und Männern bei der Planung berücksichtigt werden, werden auch Kosten vermieden, die nötig wären, um spätere Korrekturen nachträglich zu finanzieren.

Die Verwaltungsspitze muss die erforderlichen finanziellen, personellen und organisatorischen Ressourcen bereitstellen. Die Anwendung und Durchführung der Strategie obliegt nicht nur den Wahlprogramm Kommunalwahl 2006

Entscheidungsträgerinnen und -träger, sondern allen Mitgliedern der Verwaltung. Frauen und Männer werden dazu verpflichtet, Chancenungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu beseitigen. Die Gleichstellungsbeauftragte muss als zentrale Controlling-Einheit eingebunden werden.

Die Umsetzung von Gender Mainstreaming wird durch die 3-R-Methode unterstützt, bei der der Frage nachgegangen wird, ob es Unterschiede zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der Repräsentation, Ressourcen und Realisierung gibt.

Bei der Repräsentation wird geprüft, wie viele Frauen und Männer von einer Maßnahme betroffen sind und wie viele daran mitwirken. Der Begriff Ressourcen weist darauf hin, wie Mittel von Geld, Raum und Zeit zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werden. Und bei der Realisierung werden nach Ursachen der festgestellten Verteilung von Repräsentation und Ressourcen gefragt und - wenn nötig - Handlungsstrategien entwickelt.

Eine weitere Methode ist die Analyse geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselter Daten. Dazu werden vorhandene Statistiken verwendet oder es müssen neue erhoben werden. Die Ergebnisse einer Datenuntersuchung können Grundlage für weitere Planungen sein, weil sie den Handlungsbedarf aufzeigen.

Darüber hinaus müssen Bildungsinstrumente eingesetzt werden: z.B. Schulungen und Gender Trainings. Ziel ist, Wissen über die unterschiedlichen Perspektiven von Frauen und Männern zu vermitteln. Ebenso müssen Genderbeauftragte in den Fachausschüssen eingesetzt werden.

Zum Gender Mainstreaming gehört auch das Gender Budgeting. Dabei handelt es sich um die Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Finanz- und Haushaltsplanung. Gender Budgeting analysiert, plant und verteilt bzw. konsolidiert den kommunalen Haushalt aus der Geschlechterperspektive. Es gibt keinen geschlechterneutralen Haushalt, denn alle Politikbereiche haben direkte oder indirekte Auswirkungen auf Frauen oder Männer. Vor diesem Hintergrund ist zu fragen: Ziehen eher Männer oder Frauen aus staatlichen Ausgaben und Förderungen Nutzen? Viele Einsparungen gehen eher zu Lasten von Frauen als von Männern. Das wiederum hängt mit der Machtverteilung zwischen Frauen und Männern und den männlich geprägten Traditionen in Politik und Verwaltung zusammen.

Gender Mainstreaming bedeutet auch, dass Frauen und Männer angemessen in der Kommunalpolitik repräsentiert sind. Vorschläge beider Geschlechter müssen in die Entscheidungsprozesse einfließen. Nur so können die Interessen und Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung repräsentiert werden. Die Umsetzung kann z. B. durch ein kommunales Mentorinnen-Projekt zur stärkeren politischen Beteiligung von Frauen erfolgen.

Schwule und Lesben

Die Bündnisgrünen in Oldenburg haben sich immer für die Belange von Schwulen und Lesben eingesetzt. So unterstützen Bündnis 90/Die Grünen seit Jahren den Christopher Street Day (CSD), die alljährlich im Juni stattfindende Demonstration von Schwulen und Lesben in Oldenburg, sowohl politisch als auch mit reger Teilnahme. Wir Bündnisgrüne haben es durchgesetzt, dass die Stadt dazu an öffentlichen Gebäuden die Regenbogenfahne als Symbol für gleiche Rechte in allen Lebenssituationen hisst.

Zur Absicherung gleicher rechtlicher Möglichkeiten wie der „eingetragenen Partnerschaft“ als ein großer Schritt gehört es auch in Oldenburg dazu, Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung auf allen Ebenen zu leisten. Das Selbstwertgefühl von Kindern und Jugendlichen, die ein wenig „anders“ sind als die anderen, wird nach wie vor all zu oft untergraben. Die Folgen sind dramatisch. Depressionen und Selbstmordversuche kommen bei homosexuellen Jugendlichen mindestens doppelt so häufig vor wie bei gleichaltrigen Heterosexuellen.

Jugendliche müssen ihre sexuelle Identität entwickeln. Die Jugendarbeit soll ihnen dabei den Rücken stärken. Schwule und lesbische Lebensformen sind gleichberechtigt darzustellen. Städtischem Personal ist in Fortbildungen zu verdeutlichen, dass ihre persönliche Lebensgestaltung nur eine von vielen Möglichkeiten ist und keineswegs automatisch für „normal“ erklärt werden kann. Schwule und lesbische Jugendgruppen sind zu unterstützen.

Bildungseinrichtungen sind aufgefordert, auch für Lesben und Schwule Angebote zu schaffen. Jugendgruppenleitende, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sollten Seminare zur Sensibilisierung gegenüber Homosexualität, Rollenerwartungen sowie Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit angeboten werden. Wir fordern weitere Angebote zum „Coming-Out“ in Jugendfreizeitstätten, insbesondere bei schwer erreichbaren Bevölkerungsgruppen wie Menschen mit Migrationshintergrund. Einfach erreichbare Ansprechpartnerinnen und -partner vor Ort sind notwendig.

Die spezifischen Lebensformen von Lesben und Schwulen sind zu akzeptieren, Treffpunkte sind zu schützen.

In vielen Ländern werden Menschen aufgrund ihrer Homosexualität verfolgt. Ihr Asylanspruch wird in Deutschland nur selten anerkannt. Binationale Lebenspartnerschaften werden im Ausländerrecht gegenüber binationalen Ehen benachteiligt. In beiden Fällen haben die Ausländerbehörden einen Ermessensspielraum, der bislang selten zugunsten humanitärer Lösungen genutzt wird. Die betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind entsprechend fortzubilden.

In ambulanten und stationären Einrichtungen für hilfsbedürftige Menschen (Krankenhäuser, Behinderteneinrichtungen, Alten- und Pflegeeinrichtungen, Beratungsstellen) ist das Recht der Patientinnen und Patienten auf selbstbestimmte Sexualität zu sichern.

Familie

Wir sagen deutlich Ja zu Kindern. Sie sind eine Bereicherung für jeden einzelnen und die tragende Säule unserer zukünftigen Gesellschaft. Unter „Familie“ verstehen wir nicht nur die Kleinfamilie in der traditionellen Form von Vater, Mutter und Kind(er). Für uns ist überall dort Familie, wo jemand unabhängig von Lebensform und -phase für einen anderen die (Für)Sorge trägt oder mit ihm/ihr in enger Verbundenheit lebt.

Auch die Kommunen haben erkannt, dass sie nur weiterhin wirtschaftliche Stärke besitzen, wenn sie verstärkt in familienfreundliche Strukturen und Angebote investieren. Wo sich dauerhaft Familien ansiedeln wird es genügend Schüler, Kunden, Unternehmen und Auszubildende geben.

Über eine schrumpfende Bevölkerungszahl muss Oldenburg sich keine Sorge machen. Der Grund hierfür ist allerdings nicht eine hohe Geburtenzahl, sondern der Zuzug von Menschen. Wir Bündnisgrünen wollen die Stadt für Familien mit Kindern attraktiver gestalten indem wir ihre Lebensbedingungen und -situationen stärker in den Mittelpunkt des kommunalpolitischen Handelns rücken. Wir wollen ein familienfreundliches Klima in unserer Stadt schaffen, das auf einer möglichst breiten Beteiligung aller Institutionen basiert.

Durch die Initiative der rot-grünen Bundesregierung wurden weit über 100 „Lokale Bündnisse für Familien“ gegründet. Darin schließen sich Stadträte und Verwaltungen, Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften, freie Träger, Kirchen, Vereine und soziale Einrichtungen zusammen, um etwas für Familien zu tun. Auch für Oldenburg fordern wir ein starkes Bündnis für Kinder und Familien.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Frauen und Männer sollen die gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben und bei den Erziehungs- bzw. Familienaufgaben erhalten. Dazu ist ein Umdenken in der Gesellschaft notwendig, im Besonderen auch in den Personalbüros und Chefetagen.

Wir möchten daher diese Betriebe und Unternehmen in Oldenburg unterstützen, die sich zielgerichtet auf die Bedürfnisse von Familien ein- bzw. umstellen.

Familie und Kinder brauchen Zeit. Diese ist nicht immer starr planbar. Familien- und kinderfreundliche Arbeit berücksichtigt dies, Arbeitszeitmodelle wie Gleitzeitregelungen oder Lebensarbeitszeitkonten sind ein Anfang. Für die städtischen Arbeitsplätze wollen wir zu Gunsten junger Familien die Möglichkeit der Umwandlung von Vollzeit- in zeitlich begrenzte Teilzeitstellen mit Perspektive zur Rückkehr in die Vollzeit bei gleichbleibender Qualität des Arbeitsplatzes. Des Weiteren fordern wir betriebsinterne oder übergreifende Kinderkrippen und Kindergärten und eine flexible Kinderbetreuung im Krankheitsfall des Kindes oder bei unvorhergesehenen Arbeitszeiten (Notfall-Kinderbetreuung, Kinderecke im Büro).

Wir Bündnisgrüne setzen uns im Stadtrat dafür ein, dass Betriebe und Unternehmen familienfreundliche Strukturen schaffen, z.B. mittels Anreize durch Zertifizierung von familienfreundlichen Betrieben oder mittels Wettbewerben.

Kindergärten

Die Zukunft unserer Gesellschaft hängt von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ab. Wir brauchen wieder mehr Kinder. Doch die Frauen sollen diese Doppelbelastung nicht alleine tragen. Sorge- und Erwerbsarbeit müssen gerecht verteilt werden. Dafür ist es aber wichtig, die Qualität der Betreuung in den Kindertagesstätten und Kindergärten zu verbessern. Dies bedeutet, neben kleinen Gruppen, den Kindern spielerisch Wissen zu vermitteln. Mancher begegnet dem Heranführen an Bildung im Kindergarten mit Skepsis. Dies ist unbegründet. Denn der Kindergarten soll nicht „verschult“ werden - mit all den damit verbundenen Nachteilen, wie z.B. Leistungsdruck. Vielmehr ist es wichtig, den natürlichen Wissensdurst der Kinder dieses Alters zu nutzen, um sie in ihren sozialen, sprachlichen, emotionalen, kognitiven und psychischen Fähigkeiten zu fördern und zu stärken. Doch ist schon jetzt der Nutzen des Kindergartens bezüglich Kommunikations- und Sozialkompetenz nicht zu unterschätzen. Um diesen Nutzen allen Kindern zu ermöglichen setzen wir uns für mindesten ein kostenloses Kindergartenjahr ein

Da in Oldenburg in den letzten Jahren weit über 200 neue Kindergartenplätze geschaffen worden sind, herrscht ein gutes Betreuungsangebot für Kinder ab drei Jahren. Das trifft auch auf die Erreichbarkeit zu. Der Versorgungsgrad der Betreuung von Kindern unter drei Jahren ist in Oldenburg im Vergleich zu anderen Städten zwar gut, bedarfsgerecht jedoch noch lange nicht. Wir fordern die Verdoppelung der Plätze.

Um Müttern und Vätern Berufstätigkeit zu ermöglichen, setzen wir uns grundsätzlich für flexiblere und längere Öffnungszeiten in Kindertagesstätten ein. Nach entsprechender Bedarfsermittlung soll in einzelnen Krippen, Kindergärten und Horten mit stadtteilbezogenen, modellhaften Projekten begonnen werden.

Die bedeutende Funktion der Betreuungseinrichtung im Bereich des sozialen Lernens und der Verbesserung von Bildungschancen spielen hier eine wichtige Rolle. Denn es darf nicht übersehen werden, dass in den letzten Jahren auch in Oldenburg eine neue Ausprägung von Armut entstanden ist, die sich vor allem durch kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Ausschluss definiert. Diese neue Art von Armut drückt sich nicht nur in materiellen Notlagen, sondern auch und vor allem in einen Mangel an Bildung und Gesundheit sowie in kulturellen und sozialen Fähigkeiten aus.

Kinder, die in diesem neuen Armutsmilieu aufwachsen, sind in wichtigen Lebensbereichen benachteiligt. Das gilt in besonderem Maße für Kinder mit Migrationshintergrund. Zum neuen Zeichen dieser Armut gehören Ängstlichkeit, Depressionen, Aggressivität und auch Übergewicht und gesundheitliche Probleme. Wir wollen diesen neuen Herausforderungen hier in Oldenburg durch stadtteilbezogene, modellhafte Projekte auf vielen unterschiedlichen Ebenen entschieden entgegenreten.

Wir setzen uns für eine Vielfalt der pädagogischen Konzepte und Träger, z.B. für Waldkindergarten oder altersgemischte Gruppen und weitere dezentrale Angebote mit integrativen Konzepten ein.

Beratung und Unterstützung von Familien in Oldenburg

Familien können Orte der Geborgenheit und Freude sein. Familiäre Solidarität prägt, wenn sie vorhanden ist, das weitere Empfinden und Verhalten der Menschen. Doch Familien kommen immer wieder an Grenzen. Gerade in der heutigen Zeit - gezeichnet von Arbeitslosigkeit, zunehmender Verschuldung und Vereinsamung - ist es für viele Familien wichtig, von den vielfältigen Hilfs- und Unterstützungsangeboten der Stadt zu erfahren. Das gelingt nach unserer Meinung bisher nur unzureichend.

Wir Bündnisgrüne wollen die kommunale Verwaltung bei ihrer Aufgabe, umfassend über alle Beratungs- und Hilfsangebote für Familien und andere bedürftige Personengruppen zu informieren, stärker in die Pflicht nehmen. Es soll dabei eine zentrale Anlaufstelle für Familien geschaffen werden, in der auch der Kontakt zu den jeweils benötigten Beratungs- und Unterstützungsangeboten von anderen Einrichtungen vermittelt wird. Wir möchten auch eine bessere Verzahnung von Schule, Jugendamt, Gesundheits-, Sozialamt und der ARGE herstellen. So soll ein Netzwerk Familien- und Jugendhilfe um ein Kompetenzzentrum herum entstehen.

Jugendhilfe

Wir setzen uns dafür ein, dass benachteiligte Kinder und Jugendliche ein breites professionelles aber insbesondere qualifiziertes Hilfsangebot vorfinden. Wir befürworten präventive, Stadtteil orientierte Angebote wie Jugendfreizeitstätten, theaterpädagogische Projekte und Angebote mit geschlechtsspezifischem Ansatz für Mädchen und Jungen. Die Stellen der Streetworker müssen abgesichert und aufgestockt werden.

Ambulante Unterstützungsangebote wie z.B. „Sozialpädagogische Familienhilfe“, „Erziehungsbeistandsschaften“, soziale Gruppenarbeit für betroffene Familien und betreutes Wohnen für Jugendliche sind hier ein Instrument, um stationäre Unterbringungen zu vermeiden, müssen aber qualitativ verbessert und ausgebaut werden.

Bei notwendiger Inobhutnahme halten wir eine stationäre Zwischenaufnahme für sinnvoller als eine sofortige Verteilung auf Pflegefamilien. Im Vordergrund muss weiterhin der individuelle Unterstützungsbedarf der Kinder und Jugendlichen stehen.

Schule

Mehr Räume für Schulen

Für Bündnis 90/Die Grünen hat kommunale Schulpolitik einen hohen Stellenwert. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Oldenburg trotz knapper Kassen weiterhin die Voraussetzungen zur Steigerung der Unterrichtsqualität schafft. Das heißt, dass sie in den Bereichen ihrer Zuständigkeit (Schulverwaltung, Bereitstellung von Gebäuden und deren Ausstattung) auf die Erfordernisse zeitgemäßer Unterrichtsformen und die Ausdehnung des schulischen Unterrichts in den Nachmittag hinein angemessen reagiert. Moderner Unterricht und veränderte Zeitstrukturen erfordern mehr Raum - nicht nur mehr Gruppen- und Fachräume, sondern auch eine Mensa, Aufenthalts- und Ruheräume bzw. Ruhezone müssen zur Verfügung stehen. Auch die Schulbudgets dürfen nicht gekürzt, sondern müssen aufgrund der steigenden Kosten und der immer höheren finanziellen Anforderungen an die Schulen aufgestockt werden. Wir fordern außerdem, dass Hausmeister- und Reinigungsdienste zufrieden stellend organisiert und durchgeführt werden und nicht zu Lasten des Schulbetriebs oder der Aufenthaltsqualität in den Schulen gehen.

Mehr Ganztagschulen

Wir fordern auch im Grundschulbereich weitere Ganztagschulen in Oldenburg. Das pädagogische Sparmodell der Niedersächsischen Landesregierung ist in keiner Weise ausreichend. Ganztagschulen fördern eine gute Lernatmosphäre. Außerdem können sie Kindern aus benachteiligten Familien und mit Migrationshintergrund mehr Chancengleichheit und Integrationshilfe bieten. Solange aber an der bisherigen Schulform festgehalten wird, brauchen wir eine Betreuung nach der Unterrichtszeit.

Zu einer guten Ganztagschule gehört ein ausgewogenes Angebot an gesunden Nahrungsmitteln. Schulen sollten die Chancen nutzen, den Schülerinnen und Schülern durch gesunde und schmackhafte Lebensmittel Alternativen zu Fastfood aufzuzeigen.

Schulsozialarbeit in allen Schulen

Schulsozialarbeit gehört nach unserer Auffassung in alle Schulstufen und Schularten. Die wachsenden Aufgaben der Schulen in Zusammenarbeit mit Eltern und Jugendämtern sind vom klassischen Lehrpersonal allein nicht zu leisten. Schulverweigerung soll nicht kriminalisiert sondern zunächst als Signal für Schwierigkeiten angesehen werden, die es durch geschultes Personal aufzuspüren gilt.

Auch sollen zukünftig Gewaltpräventionsprogramme in Oldenburger Kindertagesstätten und Grundschulen zum festen Bestandteil der pädagogischen Arbeit gehören.

Integration von Kindern mit Migrationshintergrund

In Oldenburg darf nicht wie in anderen Städten die Situation eintreten, dass in bestimmten Schulklassen ein zahlenmäßiges Verhältnis zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund entsteht, das Integration erschwert oder gar verhindert. Dem wäre mit speziellen Konzepten rechtzeitig entgegenzuwirken. Beispielsweise müsste die Festlegung des Schulbesuchs in bestimmten Bezirken immer zu Gunsten des Integrationsgedankens aufgehoben werden können.

Die Sprachförderung ausländischer Kinder und Jugendlicher ist als unerlässlicher Bestandteil aller Integrationsbemühungen anzusehen.

Öffnung der Schulen durch Kooperationsprojekte

Zeitgemäßer Unterricht beinhaltet in unseren Augen die Öffnung der Schule nach außen. Wir befürworten Kooperationsprojekte Oldenburger Schulen mit der Universität und mit Vereinen, Initiativen, sozialen Einrichtungen und der Wirtschaft. Diese Kooperationen sollen aber nicht die personellen Mängel an neu eingerichteten Ganztagschulen kompensieren.

Nein zur Schulstrukturreform

Kommunale Schulpolitik darf nicht losgelöst von der Schulpolitik des Landes stattfinden, denn nur vor Ort werden Fehlentscheidungen deutlich.

Bündnis 90/Die Grünen kritisieren, dass unter anderem durch die Schulstrukturreform sich der Leistungsdruck der ehemaligen Orientierungsstufen auf die Grundschulen verlagert hat, die jetzt die Schullaufbahnpflicht aussprechen müssen. Versagens- und Zukunftsängste der Grundschülerinnen und -schüler haben drastisch zugenommen.

Durch die Reform wurden die Hauptschulen endgültig zu „Restschulen“ degradiert, in die fast keiner mehr will. Eine individuelle Förderung als Bedingung für einen Wechsel in die Realschule ist vom Land nicht vorgesehen. Nach der neuesten Erhebung zeichnet sich dem entsprechend für drei Oldenburger Hauptschulen die Einzigkeit ab.

Aufgrund der Strukturreform haben die Gymnasien unter starker Raumnot und zu großen Klassen zu leiden. Die Cäcilien Schule platzt aus allen Nähten, das Alte Gymnasium und das Herbartgymnasium mussten sogar Außenstellen in Osternburg bzw. in Kreyenbrück bilden. Die Schulen können diesen Zustand nicht auf Dauer hinnehmen.

Mit dem Abitur nach Klasse 12 werden Leistungsanforderungen und Wochenstunden in den Klassen 5-10 erhöht, so dass auch in den Gymnasien ein verstärkter Druck auf die Schülerinnen und Schüler spürbar und eine geringere Quote von Abiturientinnen und Abiturienten zu erwarten ist. Ein Übergang aus der Realschule wird erschwert.

Integrierte Gesamtschule

Wir befürworten das „Ja“ der Landesregierung zur Oberstufe an der Integrierten Gesamtschule (IGS) Flötenteich. Wir haben vehement dafür gekämpft, zwei vollwertige (Sekundarstufe I und Sekundarstufe II) Gesamtschulen in Oldenburg zu installieren. Da das Interesse an dieser Schulform größer ist als die Zahl der Plätze, sollte die IGS Flötenteich sechszügig ausgebaut werden. Das Prinzip der Gesamtschulen kommt unseren bildungspolitischen Vorstellungen vom gemeinsamen Lernen am meisten entgegen. Wir stellen uns gegen die Benachteiligung dieser Schulform durch die Landesregierung.

Die Neunjährige Basisschule in Oldenburg

Die Schulstrukturreform in Niedersachsen ist ein Rückfall in völlig veraltete Bildungspolitik. Sie steht im Widerspruch zu den Ergebnissen der Lernforschung und der internationalen Schulleistungsstudie „PISA“. Nicht das Konzept der frühen Selektion, sondern das des langen gemeinsamen Lernens mit individueller Förderung entspricht dem, was die Wissenschaft für richtig erachtet und was die bei „PISA“ besonders erfolgreichen Länder wie Schweden und Finnland praktizieren.

Bündnis 90/Die Grünen haben für Niedersachsen das Konzept der Neunjährigen Basisschule in Anlehnung an die positiven Ansätze Erfahrungen der skandinavischen Länder entwickelt.

Das bedeutet:

- eine Ganztagschule für alle mit verbindlicher Mittagsverpflegung und Betreuungszeiten darüber hinaus nach Bedarf
- neun Jahre gemeinsames Lernen, in drei Stufen organisiert, die in jeweils zwei bis vier Jahren durchlaufen werden können. Jede Stufe wird mit dem Erreichen der Standards abgeschlossen
- statt auszusortieren, wird in alle Talente investiert, statt Sitzen bleiben gibt es Aufbau-training
- am Ende stehen ein Abschlusszeugnis und eine Empfehlung für den weiteren Qualifizierungsweg: entweder der Wechsel in eine gymnasiale Oberstufe oder eine Berufsausbildung

Da das jetzige Schulsystem nicht zukunftsfähig ist, muss in Oldenburg bei allen Entscheidungen zur Schulinfrastruktur die künftige Entwicklung hin zur Basisschule bereits jetzt berücksichtigt werden (z. B. bei etwaigen Erweiterungsplänen von Gymnasien).

Arbeit

Die Schere zwischen Arm und Reich wird jährlich größer. Immer mehr Menschen werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Eine Kommune darf dabei nicht tatenlos zusehen, sondern muss allen die Möglichkeit geben, an unserer Gesellschaft teilhaben zu können. Grüne Sozialpolitik setzt auf Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns insbesondere Chancengleichheit im Zugang zu Bildung und Arbeit. Soziale Nachhaltigkeit heißt nicht nur, die Zukunftssicherung der sozialen Systeme auf Bundesebene zu gewährleisten, sondern auch die Grundlage für sozialen Frieden in den Kommunen jeden Tag aufs Neue zu schaffen. Sozialpolitik muss auch hier auf solidarischen Ausgleich zielen, Not darf nicht stigmatisieren, die Benachteiligten dürfen nicht ausgegrenzt werden. Soziale Nachhaltigkeit bedeutet am Ende die Nachhaltigkeit des sozialen Friedens und ist das Fundament einer stabilen Gesellschaft.

Um bei knapper werdenden öffentlichen Einnahmen die wachsenden Herausforderungen in der Sozialpolitik annehmen zu können, wollen wir einen Paradigmenwechsel: Erstens müssen finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Hand wieder zunehmen, zweitens müssen die Prioritäten bei öffentlichen Ausgaben weg von den Prestigeprojekten für wenige, hin zur Förderung sozialer Projekte für viele verschoben werden. Drittens müssen wir in Zukunft mehr Geld in die Vermeidung von Not und Leid stecken, so dass langfristig die wesentlich höheren Folgekosten versäumter Sozialpolitik vermindert werden. Diese präventive Perspektive steht im Zentrum unserer Sozialpolitik.

Der momentane Zuschnitt der Dezernate trennt die Bereiche Soziales und Jugendhilfe. Dies wollen wir ändern, denn beide Bereiche gehören untrennbar zueinander.

Wir Bündnisgrünen haben in Oldenburg die Einrichtung eines sozialen Wirtschaftsbetriebes zur Beschäftigung Langzeitarbeitsloser maßgeblich vorangetrieben und anschließend „Stellwerk“ als Beratungs- und Vermittlungsstelle für Sozialhilfeempfangende den Weg geebnet.

Die guten Erfahrungen - gerade auch mit Stellwerk - haben gezeigt, dass die Hilfe für Langzeitarbeitslose bei der Stadt in guten Händen liegt, wenn die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen gegeben sind.

Deshalb unterstützen Bündnis 90/Die Grünen jede Anstrengung der Stadt, in der ARGE die entscheidende Rolle einzunehmen, um eine kommunale Beschäftigungspolitik auf- und auszubauen. Dazu muss zunächst die fachliche Ausbildung der in der ARGE Beschäftigten im Vordergrund stehen, damit nicht nur gefordert, sondern auch gefördert werden kann.

Dieser Förderaspekt muss sowohl die berufliche Qualifikation als auch Gender-Gesichtspunkte mit berücksichtigen, d.h., die Beraterinnen und Berater der ARGE müssen für geschlechtsspezifische Benachteiligung und deren Überwindung sensibilisiert sein. Aus anderen Kommunen gibt es bereits ermutigende Beispiele der Schaffung von Arbeitsplätzen für diejenigen, die heute auf dem freien Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben. Das kann auch in Oldenburg Realität werden, wenn der politische Wille dazu besteht.

Der Trend, Arbeitsplätze insbesondere für schlecht qualifizierte oder aufgrund einer Behinderung eingeschränkte Menschen wegzurationalisieren, hält an. Arbeitsplätze werden ins Ausland verlagert oder von Maschinen ersetzt. Bei einem Großteil der Betroffenen wissen wir, dass deren Wiedereingliederung in das Arbeitsleben fast unmöglich ist.

Für viele der „schwer zu vermittelnden“ heißt das, bis zum Rentenalter auf Sozialleistungen wie dem ALG II angewiesen zu sein.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns Bündnisgrüne, diese Menschen nicht einfach zu verwalten, sondern ihnen eine Perspektive mittels sinnvoller Beschäftigung zu bieten. Wir fordern daher die Schaffung gemeinnütziger Beschäftigungsgesellschaften, in denen eine Beschäftigung mit einem Mindestlohn bezahlt wird. Die Beschäftigungsgesellschaft kann in verschiedenen Bereichen tätig sein. Denkbar sind sowohl der Dienstleistungssektor, handwerklich produzierende Bereiche als auch eine Mischung beider oder weiterer Bereiche.

Die Bündnisgrünen treten dafür ein, dass die sehr niedrig angesetzte Schwelle der Arbeitsfähigkeit von 3 Stunden täglich nicht dazu missbraucht wird, um chronisch Kranke aus dem Sozialhilfebezug in den Arbeitslosengeldbezug zu verschieben und den kommunalen Haushalt dadurch zu entlasten. Gerade bei psychisch Erkrankten kann der durch Fordern ausgelöste Druck Krankheiten verstärken, während leidensgerechte Förderung durchaus mehr Lebensqualität dank Erweiterung des sozialen Aktionsradius bedeuten könnte.

Hier und bei vielen Aspekten der Berücksichtigung des sozialen Umfelds wird deutlich, wie wichtig die fachliche Kompetenz der in der ARGE Arbeitenden ist.

Gerade die zurzeit noch herrschende Übergangssituation ruft bei vielen Betroffenen eine hohe Unsicherheit hervor. Die Bündnisgrünen fordern deshalb die weitere Unterstützung der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) als unabhängige Beratungsstelle für diejenigen, die auf die sozialen Transferleistungen angewiesen sind.

ALG II-Empfängerinnen und Empfänger sollen ein günstiges Pauschalangebot zur Nutzung des ÖPNVs der Region erhalten, das mit dem Zuwachs an Mobilität die Berufs- und Ausbildungschancen erhöht und die gleichberechtigte Teilnahme an der Gesellschaft ermöglicht. Die Stadt muss sich dafür einsetzen, dass das Semesterticket für Studenten in der jetzigen Form beibehalten wird.

Gesundheit

Wir Bündnisgrünen befürworten eine Neuausrichtung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, die die Prävention in den Mittelpunkt der Arbeit stellt. Wir werden die Umsetzung in Oldenburg jedoch aufmerksam begleiten. Dabei wollen wir sicherstellen, dass die versprochene Schwerpunktbildung auf die gesundheitliche Situation von Kindern und Jugendlichen sowie auf geschlechtsspezifische Bedingungen für Gesundheit in Oldenburg auch realisiert wird. In diesem Rahmen fordern wir die Umsetzung des vorliegenden Wibera-Gutachtens, das Vorschläge zu wirtschaftlichen Organisation des Gesundheitsamtes erarbeitet hat. Auf jeden Fall muss die Zusammenarbeit der verschiedenen Verwaltungsbereiche Sozialamt, Jugendamt, ARGE und Gesundheitsamt verbessert werden um zu vermeiden, dass Hilfesuchende und Anspruchsberechtigte immer wieder zwischen den Ämtern hin- und hergeschickt werden.

Um die Umsetzung eines ausführlichen Gutachtens geht es auch im Bereich der Drogenhilfe und Suchtberatung. Wir fordern die schnelle Umsetzung des Meyenberg-Gutachtens, die niedrigschwellige Angebote und bessere Prävention ermöglichen soll. Hierbei sollen die beiden bisherigen Träger Rose 12 und die Suchtberatung der Diakonie zusammengeführt werden. Platzverweise und Innenstadtverbote für Obdachlose und Suchtkranke lehnen wir ab.

Medizinische Versorgung von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus oder Krankenversicherung

Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus müssen mit ihrer Ausweisung rechnen, wenn sie medizinisch versorgt werden und sie dafür ihre Identität offenbaren müssen. Wir Bündnisgrüne fordern die Schaffung eines Raums in Oldenburg, wo Menschen, die keinen legalen Aufenthaltsstatus in der BRD haben, kostenlos und anonym medizinisch versorgt und betreut werden.

Das Land Niedersachsen soll diesen Raum respektieren und keine Maßnahmen ergreifen, dort anwesende Patientinnen und Patienten auszuweisen. Vergleichbare Einrichtungen existieren bereits in Frankfurt und München. Das erforderliche medizinische Personal kann vom Gesundheitsamt und/oder in Kooperation mit den Oldenburger Kliniken und den hier ansässigen Hilfsorganisationen (z.B. DRK/Johanniter/Malteser) gestellt werden. Dieses Angebot der kostenlosen medizinischen Versorgung soll auch von Menschen genutzt werden können, die nicht krankenversichert sind.

Altern in Oldenburg

Die Bevölkerung Oldenburgs wird auch in den kommenden Jahren wachsen. Dabei wird die Summe der älteren und sehr alten Menschen immer größer werden. Dem muss die Stadtplanung schon heute Rechnung tragen, denn Seniorinnen und Senioren benötigen eine auch auf sie ausgerichtete Infrastruktur, um ihr Leben so lange wie möglich selbst bestimmt führen zu können.

Hier sehen sich die Bündnisgrünen in ihrer Forderung nach einer „Stadt der kurzen Wege“ bestätigt, da Einkaufsmöglichkeiten oder medizinische Hilfen und Therapiestellen gerade im Alter fußläufig von der Wohnung aus erreichbar sein müssen. Der Großteil der älteren Menschen wird möglichst lange in der vertrauten eigenen Wohnung leben wollen. Darüber hinaus wächst das Interesse an gemeinschaftlichen Wohnformen, die gerade auch wegen ihrer Möglichkeiten unterstützender Hilfeleistung stärker berücksichtigt werden müssen. Insgesamt gilt es, den individuellen Vorstellungen für ein selbst bestimmtes Wohnen und Leben im Alter mehr Raum als bisher zu geben. Wir fordern, dass sowohl die Verwaltung als auch die politischen Gremien hier ein höheres Interesse und Engagement zur Realisierung unterschiedlicher Wohnvorhaben entwickeln.

Weiterer Bestandteil einer zukunftsweisenden, altengerechten Stadtentwicklung ist z.B. die Einrichtung von betreuten Wohnungen in den Stadtteilen. Hier können Pflegebedürftige und Demenzkranke in kleinen Einheiten individuell und mit direktem Bezug zu ihrer vertrauten Lebenswelt betreut werden. Diese Wohnungen kommen auch älteren Menschen mit Migrations- oder Aussiedlerhintergrund zu Gute, wenn sie dort von Pflegepersonal mit gleicher kultureller Herkunft betreut werden. Bündnis 90/Die Grünen halten es deshalb für erforderlich, die entsprechenden Bewerberinnen und Bewerber bei der Ausbildung zu qualifiziertem Pflegepersonal besonders zu berücksichtigen.

Grundsätzlich darf eine würdige Pflege nicht allein an den finanziellen Möglichkeiten des Einzelnen bemessen werden. Das betrifft auch die Belegung von Einzelzimmern. Beim Um- oder Neubau von Pflegeeinrichtungen sollte der Einteilung in Einzelzimmer trotz höherer Kosten Vorzug gegeben werden. Um dies zu unterstützen sprechen wir uns für eine höhere öffentliche Bauförderung von Einzelzimmern aus.

Die Altenpflege bringt auch Probleme und Belastungen mit sich. Gewalt oder Vernachlässigung können vorkommen. Wir fordern deshalb die Einrichtung einer Ombudsstelle, die Beschwerden nachgeht und mit dem Recht der Akteneinsicht oder des Hausbesuches ausgestattet ist.

Wohnqualität und gute Sozialkontakte sind mit dem Wohnumfeld eng verbunden. Alte Menschen sind umso gesünder und geistig reger, je mehr sie sich bewegen und am Leben, das sich außerhalb ihrer Wohnung abspielt, teilhaben können. Dabei haben sowohl die städtischen Grünanlagen als auch kleinere, im unmittelbaren Wohnumfeld geschaffene Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten einen hohen Wert.

Voraussetzung für ein Aufhalten und Fortbewegen in der Stadt und im Stadtteil ist eine sichere Teilnahme am Straßenverkehr. Das schließt aufgesetztes Parken von Fahrzeugen aus und erfordert das gute Ausleuchten von Straßen und Fußwegen. Von Maßnahmen dieser Art profitieren nicht nur ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, sondern ebenso solche mit Behinderungen, Eltern

mit Kinderwagen, Kinder und andere.

Insgesamt sollte die Barrierefreiheit bei öffentlichen Planungen zukünftig noch stärker als bisher berücksichtigt werden. Dies betrifft beispielsweise die Zugänge zu öffentlichen Gebäuden, die Verwendung der bei Nässe rutschfesten Straßenbeläge sowie optisch klar markierte Straßen und Stufen oder längere Ampelphasen für Fußgängerinnen und Fußgänger.

Für ein breit gefächertes kulturelles Engagement älterer Menschen in der Stadt steht das „inForum“. Diese Einrichtung besteht nun seit über zehn Jahren und lebt dank der hohen Zahl Ehrenamtlicher. Wir Bündnisgrüne sprechen uns daher für den Erhalt der städtischen Förderung aus.

Menschen mit Behinderungen

Ein wichtiges Ziel unserer Politik bleibt es, in Oldenburg Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen.

Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die Anliegen, die durch Selbsthilfegruppen und -einrichtungen an den Rat herangetragen werden, auch in den jeweiligen Ausschüssen ernsthaft bearbeitet werden. Der Gedanke der Integration muss selbstverständlicher werden. Wir wollen, dass dazu in Oldenburg Konzepte entwickelt oder die in Selbsthilfe entwickelten Konzepte der Gruppen unterstützt werden.

Alle Angebote müssen auf das Ziel ausgerichtet sein, mittels ambulanter Hilfen die selbständige Lebensführung für die Betroffenen zu ermöglichen. Dazu gehören leicht zu erreichende Beratungs- und Kontaktangebote wie z.B. der „Propeller“ als Begegnungsstätte für psychisch kranke Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Welche Art von Hilfe angeboten wird, darf nicht unter dem Gesichtspunkt der Finanzierungszuständigkeit entschieden werden. Wir Bündnisgrüne wenden uns dagegen, Menschen aus finanziellen Gründen in Heime abzuschieben, ihnen Zugang zu Leistungen der Kommune zu verwehren oder sie trotz mangelnder Arbeitsfähigkeit zunächst zur ARGE zu schicken.

Dabei ist gerade im Bereich der Vermittlung in Arbeit die fachliche Kompetenz der Vermittlerinnen und Vermittler in der ARGE entscheidend. Die Bündnisgrünen fordern deshalb deren Aus- und ständige Weiterbildung entsprechend ihrer Aufgabe.

Die Anliegen von behinderten Menschen müssen in der Bauleit- und Verkehrsplanung wahrgenommen und berücksichtigt werden, die begonnene behindertengerechte Umgestaltung von Pflasterungen und Ampelanlagen muss weiter vorangetrieben werden.

Wie in der Vergangenheit unterstützen wir die gemeinsame Betreuung und den gemeinsamen Unterricht für Kinder mit und ohne Beeinträchtigung in den Krippen, Kindergärten und Schulen der Stadt.

Die Bündnisgrünen begrüßen den barrierefreien neuen Internetauftritt der Stadt Homepage(link), die einen Anfang darstellen, die Bürgerinnen und Bürger durch den Verwaltungsdschungel zu führen. Jedoch sollen die Ankündigen von Sitzungen rechtzeitig und regelmäßig mit einer präziseren Tagesordnung geschehen. Das müsste der erste Schritt sein, dem schwindenden Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Oldenburger Politik entgegen zu treten.

Integration

Auch in Oldenburg leben immer mehr Menschen, die oder deren Eltern hier nicht geboren wurden. Die Gesellschaft wird sprachlich und kulturell vielfältiger. Eine gestaltende Integrationspolitik wird immer wichtiger, damit nicht ganze Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt werden. Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der die ganze Gesellschaft verändert und nicht die einseitige Anpassung der Migrantinnen und Migranten bedeutet. Sie dürfen nicht nur Empfangende von Integrationspolitik sein, sie müssen aktiv am Prozess der Integration beteiligt sein. Gerade mit ihren eigenen Erfahrungen können Migrantinnen und Migranten Brücken bauen zwischen anderen Zugewanderten und den gesellschaftlichen Institutionen. Bei der Integration spielt die Vermittlung und Beherrschung der deutschen Sprache eine zentrale Rolle. Ohne sie ist eine Anbindung an Ausbildung und Beruf nicht möglich. Allerdings müssen wir auch vermehrt ihre Fähigkeiten in der Muttersprache nutzen und stärken.

Menschen werden in erster Linie über die Erwerbsarbeit in die Gesellschaft integriert. Die große Arbeitslosigkeit trifft aber Migrantinnen und Migranten überdurchschnittlich. Leider haben auch die hier geborenen Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund weniger Chancen in Schule, Ausbildung und Beruf. Hier wollen wir Oldenburger Bündnisgrüne neue Wege der kommunalen Integrationspolitik gehen und besonders die Situation der Kinder und Jugendlichen verbessern.

Integrationslotsen

Bereits gut Integrierte werden zu Lotsinnen und Lotsen ausgebildet und stehen dann mit Rat und Tat anderen Migrantinnen und Migranten zur Verfügung. Hier bietet die Stadt eine Ansprechperson aus dem Kreise der Betroffenen, was viel besser angenommen wird. Gerade in Situationen, in denen vermeintlich verschiedene Kulturen aufeinanderprallen und zu Konflikten führen, können diese Personen nicht zuletzt wegen ihrer Mehrsprachigkeit besser vermitteln. Ihre Kompetenzen umfassen neben Mediation rechtliche Kenntnisse zu Aufenthalt, Jugendhilfe und Schule.

Kitas und Schule

In den Kindergärten wird die Grundlage des weiteren Bildungsweges gelegt. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Mädchen und Jungen aus Familien mit Migrationshintergrund hier einen guten Start bekommen. Insbesondere das Lernen der deutschen Sprache muss hier vor der Schulzeit gelingen. Wir setzen uns für mindestens ein kostenloses und verpflichtendes Kindergartenjahr für alle ein. Dies kann die Kommune zwar weder finanzieren noch gesetzlich verankern. Da die Kommune letztendlich aber die sozialen Folgen eines gescheiterten Bildungsweges tragen muss, muss sie sich gegenüber Land und Bund entschieden für dieses Ziel einsetzen.

Das von uns Bündnisgrünen geforderte Schulmodell kommt insbesondere Kindern mit Migrationshintergrund zu Gute. Die Chance, einen höheren Schulabschluss zu erreichen, wächst durch die bessere Förderung in einer neunjährigen Ganztagsbasisschule für alle.

Mädchen und Jungen

In manchen Familien mit Migrationshintergrund unterscheiden sich die Vorstellungen über das Rollenverhalten der Geschlechter von den zurzeit herrschenden Grundsätzen unserer Gesellschaft. Diese Unterschiede wirken sich natürlich auch auf die Integration der Kinder aus. Nicht immer besteht Einigkeit darüber, dass auch Mädchen Recht auf einen von Tradition und Familie unbehinderten Bildungsweg haben. Allerdings zeigen Mädchen, die hier nicht eingeengt werden, häufig gute bis sehr gute Schul-, Ausbildungs- und Studienergebnisse, während Jungen hier größere Schwierigkeiten haben. Aus der Sozialarbeit wissen wir, dass Jungen mit Integrationsproblemen in ihrer Familie häufig patriarchalische männliche Rollenvorbilder haben. Dadurch wird ein Familienmodell tradiert, welches den Integrationsprozess der Kinder behindern kann.

Zum Wohl der Kinder wollen wir hier für unser Familien- und Geschlechtermodell werben. Wir wollen den Familien zeigen, dass viele Vorurteile gegenüber dem „westlichen“ Familienmodell falsch sind und dass eine Verweigerungshaltung hier klar zu Lasten der Kinder geht. Hierfür sind ganz besonders die Integrationslotsen gefragt. Aber natürlich auch die religiösen und kulturellen Vereinigungen als Institutionen der Traditionsvermittlung und -anpassung.

Diversity - Vielfalt nutzen

Bei aller Notwendigkeit die deutsche Sprache zu beherrschen, stellen die Fähigkeiten in den Muttersprachen Kompetenzen dar, die in unserer Stadt besser genutzt werden müssen. Es ist von Vorteil, wenn Ämter und Behörden mehr Menschen mit Migrationhintergrund einstellen, die Türkisch, Kurdisch, Russisch oder weitere Sprachen sprechen. So könnten viele ihrer Probleme besser und schneller gelöst werden. Auch im Bereich der Alten- und Krankenversorgung und der Sozialarbeit ist mehr interkulturelle Kompetenz nötig. Durch die Präsenz der einst zugewanderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wird die kulturell-sprachliche Vielfalt unserer Stadt sichtbar werden.

Außerdem muss die interkulturelle Kompetenz aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erhöht werden. Sie müssen besser auf die spezifischen Bedürfnisse und Erwartungen von Migrantinnen und Migranten vorbereitet sein.

Politische Teilhabe

Wir Bündnisgrüne wollen eine gesellschaftspolitische Beteiligung nicht eingebürgerter Migrantinnen und Migranten in Bereichen, in denen eine gesellschaftspolitische Mitgestaltung ohne Wahlrecht möglich ist. Dies trifft für die Elternbeteiligung in Schulen und Kitas zu, die Mitgestaltung der Arbeitsplätze in Betrieben und die Einmischung bei migrationspolitischen kommunalen Entscheidungen.

Auch Migrantenvereinigungen können Einfluss auf die Entwicklung unserer Stadt nehmen. Wir wollen sie ermutigen, sich für ihre, aber auch allgemeine Belange einzusetzen. Wir Bündnisgrüne wollen, dass alle, die in Oldenburg leben -unabhängig von ihrer Herkunft - Oldenburg als ihre Stadt sehen.

Integrationsbeauftragte

Der/die Integrationsbeauftragte muss im Mittelpunkt der Integrationspolitik stehen. Die Stelle ist daher zu erhalten. Er bzw. sie sollte aber weniger direkte Ansprechperson für Probleme Einzelner sein, sondern vielmehr Ideen geben, koordinieren und Maßnahmen und Veranstaltungen organisieren. Er bzw. sie muss das Thema immer wieder in die Gesellschaft tragen.

Runder Tisch

Um Integrationspolitik und -arbeit besser zu koordinieren, zu organisieren und öffentlich zu machen, wollen wir Oldenburger Bündnisgrüne verschiedene Kommunikationsinstrumente einrichten. Der Diskurs über Migration soll an einem Runden Tisch oder in einem einzurichtenden Integrationsrat stattfinden. Daran sollen alle an Integration Beteiligten teilnehmen.

Kommunale Härtefallkommission

Viele Familien, die vor vielen Jahren als Kriegsflüchtlinge nach Deutschland kamen, müssen heute in ihre Herkunftsländer zurückkehren. In vielen dieser Familien leben Kinder, die entweder hier geboren wurden oder den Großteil ihres Lebens hier gelebt haben. Sie sind hier in den Kindergarten und in die Schule gegangen. Wenn sie Glück hatten, durften sie eine Ausbildung machen. Häufig beherrschen sie ihre Muttersprache schlecht und müssen nun in eine fremde Welt „zurückkehren“. Das sind möglicherweise solche Härtefälle, für die das Zuwanderungsgesetz Ausnahmen von der geforderten Rückführung vorsieht. Diese Fälle werden in Härtefallkommissionen der Länder (bald endlich auch in Niedersachsen) behandelt. Daneben wollen wir uns für „kommunale Härtefallkommissionen“ einsetzen.

Auf kommunaler Ebene kann eine inoffizielle Struktur geschaffen werden, die bei der Behandlung von Härtefällen ein Mehr an Öffentlichkeit herstellt und gegenüber dem Innenministerium bestimmte Fälle unterstützt. Solch eine „kommunale Härtefallkommission“ hat keine offizielle politische Macht aber sehr wohl eine politische Wirkung. Sie zeigt, dass sich die Kommune auch für jene verantwortlich fühlt, die hierher geflohen sind und für eine ungewisse Dauer hier leben.

Kultur

Kultur gilt im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung als freiwillige Aufgabe. Daher geraten die Kulturhaushalte in Zeiten radikaler Sparmaßnahmen immer mehr unter Druck und freiwillige Leistungen fallen dem Rotstift zum Opfer.

Gleichzeitig erfährt Kultur aber als nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor und elementare Triebfeder für die Entwicklung einer Region (hier: Metropolregion Oldenburg/Bremen) gesteigerte Aufmerksamkeit. Ein lebendiges Kulturleben lockt zudem Neubürgerinnen an, fördert den Tourismus und wird von der Wirtschaft als Profilierungsmöglichkeit geschätzt. Zusätzlich wird ‚Kultur‘ in den Gesellschafts- und Geisteswissenschaften als neuer Leitbegriff gehandelt.

Diese Faktoren machen es notwendig, eindeutige und verbindliche kulturpolitische Leitlinien festzulegen. In Oldenburg soll dies im Masterplan ‚Kultur für die Stadt Oldenburg‘ geschehen. Er basiert auf dem Stadtleitbild von Oldenburg als ökologisch orientierter und familienfreundlicher Stadt.

Masterplan und mehr

In der nächsten Wahlperiode wird der o.g. Masterplan Grundlage aller Entscheidungen im Kulturbereich sein. Wir erkennen die Notwendigkeit eines solchen Planes an und wollen diesen Plan kritisch begleiten. Die entscheidende Frage ist letztendlich die der Konkretisier- und Umsetzbarkeit.

Die Oldenburger und Oldenburgerinnen wollen Museen, als Orte des Stadt- und Landgedächtnisses nicht aufgeben, andererseits sind die Museen oft schlecht besucht. Wir unterstützen die stärkere Vernetzung der Museen untereinander, die die Besucherzahlen erhöhen könnten. Zusätzlich fordern wir die Einrichtung einer Stelle, die das Marketing aller Oldenburger Museen koordiniert. Da diese Stelle auch die Landesmuseen mitvermarkten soll, ist sie vom Land Niedersachsen teilzufinanzieren.

Wir unterstützen eine Zusammenarbeit mit Bremen im Kulturbereich. So sollte Oldenburg sein Profil im Bereich Medienkunst (Edith-Russ-Haus) weiter entwickeln. Dies soll ein Alleinstellungsmerkmal Oldenburgs bleiben, das durch Kooperation mit den Oldenburger Filmtagen unter anderem noch gestärkt werden kann. Zur Profilierung im Medienbereich zählt auch der Lokalsender oeins.

Ferner fordern wir, dass Oldenburg sich als Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendliteratur/-theater weiter profilieren soll. Mit der Kinderbuchmesse (KIBUM), einem generell kinderfreundlichen Klima und nicht zuletzt einem prognostizierten Bevölkerungswachstum - nicht nur durch Zuzug, sondern durch hohe Geburtenraten - bietet die Stadt ideale Voraussetzungen.

Die Förderverträge der freien Oldenburger Theater laufen 2006 aus. Wir fordern, dass in den Masterplan ein Konzept der weiteren Finanzierung und Zusammenarbeit dieser Theater sowohl untereinander als auch mit dem Staatstheater aufgenommen wird. Dabei betrachten wir die Ausdehnung des Staatstheaters mit Skepsis, weil sie zu Ungunsten der freien Szene geschieht.

Kultur von Allen - Kultur für Alle

Ein reiches Kulturleben ist der beste Indikator für die Vielfalt einer Stadt. Wie die meisten Oldenburger schätzen wir die Beiträge von Vereinen und Gruppen zum Oldenburger Kulturleben. Wir wünschen, dass diese Vielfalt erhalten bleibt. Traditionelle wie neue Musik, private Projekte zu Film und Fotografie, Kinderprogramme wie Seniorentreffs sollen weiter durch Vergabe projektbezogener Mittel gefördert werden. Die freien Theater können dabei noch stärker auf Kinder- und Jugendtheater ausgerichtet werden. Musikschulen und Kindertheater (Kurlandtheater Freizeitstätte Kreyenbrück) und Klex fördern nicht nur junge Oldenbürgern und -bürgerinnen, sondern profilieren die Stadt als kinderfreundlich.

Dank Bündnis 90/Die Grünen konnte in der letzten Wahlperiode ein Kompromiss bei der Förderung der Kulturetage gefunden werden. Damit ist auch die Ausrichtung des Kultursommers sichergestellt.

Wir fordern die Ausweitung der Öffnungszeiten der Stadtbücherei, die zumindest jeden Werktag geöffnet sein sollte. Bündnis 90/Die Grünen haben bereits in der letzten Wahlperiode Geld zum Erhalt der Stadtteilbibliotheken im Haushalt verankert.

Bedürftige müssen weiterhin vergünstigten Zugang zu Kulturstätten erhalten (Oldenburg Pass).

Arbeitsplatz Kultur

Der Kulturbereich ist gekennzeichnet durch eine extrem hohe Zahl unterbezahlter Werkverträge, nicht vergüteter Praktika, ABM-Stellen und schließlich so genannter Ein-Euro-Jobs. Diese Verträge untergraben nicht nur das Selbstwertgefühl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern schaden auch den anbietenden Institutionen, weil weder Qualität noch Kontinuität der Arbeit gesichert ist. Wir fordern daher die stärkere Etablierung von regulären Arbeitsverträgen im Kulturbereich.

Kultur und Wirtschaft

Wir begrüßen Sponsoring als Möglichkeit der Realisierung von Ausstellungen, Aufführungen und weiteren kulturellen Angeboten, die anderweitig nicht möglich wären. Sponsoring darf dabei weder zum Endzweck kultureller Aktivitäten werden noch alleiniges Finanzmittel.

Sport

Sport tut gut. Neben dem Wohlbefinden und der Gesundheit fördert er darüber hinaus den Gemeinschaftssinn und übernimmt damit auch eine bedeutende sozialpolitische Funktion. Sportvereine, Schulsport, freie Sportgruppen und Hochschulsportgruppen nehmen von daher eine wichtige Rolle in der Gesellschaft ein. Wir sehen die Unterstützung des Sports als wesentliche Aufgabe der Kommunalpolitik.

Angebote für Jung und Alt

Gerade die Jugend muss gefördert werden. Es ist hinlänglich bekannt, dass sie zunehmend unспортlich und damit weniger belastbar und anfälliger für Erkrankungen ist. Ein steigender Fernseh- und PC-Konsum und der daraus resultierender Bewegungsmangel sowie eine unausgewogene Ernährung spielen hierbei eine entscheidende Rolle. Von daher ist es äußerst wichtig, diesem alarmierenden Trend entgegenzuwirken. Für Kinder muss viel Bewegung wieder zu etwas Selbstverständlichem werden.

Wir Bündnisgrünen wollen, dass die Zusammenarbeit von Gesundheitseinrichtungen, Sportvereinen und Schulen intensiviert wird. Vor allem wollen wir diejenigen Vereine fördern, die in den Stadtteilen mit ihrem Sportangebot und ihrem sozialen Engagement Jugendarbeit leisten und vorrangig die Kinder benachteiligter Gruppen integrieren. Doch der Fokus soll nicht allein auf die Jugend gerichtet werden. Bei einer immer weiter steigenden Lebenserwartung stellt Sport eine günstige, gesellige und oftmals sinnstiftende Lebensgestaltung und Gesundheitserhaltung dar.

Grundlagen einer ökologischen Sportpolitik

Alle Menschen sollen in unserer Kommune Raum und Gelegenheit zum Spiel, Sport und zur Bewegung finden. Ziel einer grünen Sportpolitik ist es, dieses Anliegen mit ökologischen Kriterien mit dem Erhalt und der Wiederherstellung natürlicher Lebensräume in Einklang zu bringen. In Oldenburg gibt es kaum noch naturnahe Flächen, auf denen ausgelassen gespielt werden kann. Die altbewährten Bolzplätze sind aus dem Stadtbild so gut wie verschwunden. Wir Bündnisgrüne fordern, dass diese Entwicklung rückgängig gemacht wird. Wir sprechen uns für die Umgestaltung oder Schaffung von geeigneten Grünflächen als Spiel- und Bewegungsplätze aus und begrüßen es Parkplätze, Schulhöfe und Straßen für Freizeitaktive zu öffnen.

Sportstätten und Sportstättenbau

Die Stadt Oldenburg kann es sich zu Zeit und auch in nächster Zukunft finanziell nicht leisten, neue Sportstätten für Sportvereine und Schulen zu bauen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadtverwaltung den vereinseigenen Sportstättenbau mit fachlich kompetenter Beratung und Hilfe im bau-, finanz- und genehmigungstechnischen Bereich unterstützt. Auch müssen die Stadtverwaltung und insbesondere unser grüner Oberbürgermeister aufgrund ihrer Verbindungen und ihres Einflusses Sponsorengelder für konkrete Projekte einwerben und sich um Zuschüsse sowohl

auf Landes- und Bundesebene als auch auf europäischer Ebene bemühen.

Die gemeinsame Nutzung der städtischen und vereinseigenen Sportstätten durch Schulen und Sportvereine soll - wie bereits in der Vergangenheit geschehen - unterstützt und in Zukunft weiter ausgebaut werden. Hierbei muss auch die Zusammenarbeit zwischen den Oldenburger Sportvereinen, der Carl-von-Ossietzky-Universität und der Stadt Oldenburg gefördert und gestärkt werden.

Wir sehen für die Sportentwicklung in der kommenden Legislaturperiode folgende Schwerpunkte: Die Sportstätten auf dem Fliegerhorst (Sporthalle, Sportplatz) und in der Kaserne Donnerschwee (Sportplatz) müssen erhalten werden. Wir wollen die Sportvereine stärken, die sich besonders um den Ausbau von Angeboten für Mädchen und Frauen kümmern sowie solche, die die soziale Integration von benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen. Der Schulsport muss mit einem höheren Etat für die Anschaffung von Spiel- bzw. Sportgeräten gestärkt werden. Sämtliche Sportanlagen (insbesondere ehemalige Deponiestandorte) müssen auf Schadstoffbelastungen überprüft werden.